

# Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Aufsatz des Parteivorstandes der SAP.

## Manifest an alle Proletarier

### Mobilisiert die Ausgebeuteten!

Die neue Notverordnung mit ihren alles Bisherige übertreffenden ausbeuterischen Maßnahmen und der weiteren unerhörten politischen Entrechtung der Massen schafft eine für das Proletariat ungeheuer gefährliche politische Situation, die noch verschärft wird durch den Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der praktisch die Fortsetzung der Tolerierungspolitik bedeutet.

Wir wenden uns in dieser ersten Stunde zunächst an die sozialdemokratischen Arbeiter. Sie haben bis zuletzt gehofft, daß die Sozialdemokratische Partei angesichts der ganz ungeheuerlichen Belastung der arbeitenden Massen durch die letzte Notverordnung nun endlich mit der Politik der Tolerierung Schluß machen und eine einheitliche proletarische Kampffront gegen die Ausbeuterklasse möglich machen würde. Die sozialdemokratischen Arbeiter wurden schwer enttäuscht. Wieder hat die SPD kampflos vor der bürgerlichen Ausbeuterfront kapituliert, hat die Mitverantwortung für das ungeheuerliche Attentat auf die proletarische Existenzbasis übernommen, hat damit von neuem die Front des proletarischen Widerstandes entscheidend geschwächt. Wir rufen den sozialdemokratischen Arbeitern zu:

#### Wollt ihr weiter euch mißbrauchen lassen

als Stützen einer Politik, die die Folgen des kapitalistischen Versagens brutal auf die Schultern der Elendesten und Ärmsten abwälzt? Oder wollt ihr nicht vielmehr euch und eure Organisationen

#### einreihen in die Front des proletarischen Widerstandes

gegen die maßlose Verschärfung der Ausbeutung, in die Front des revolutionären Kampfes um eine neue Gesellschaft, um die sozialistische Ordnung der Produktion, die der Kapitalismus nicht mehr zu meistern in der Lage ist? Wir rufen den sozialdemokratischen Arbeitern zu:

#### Löst euch los aus der Brüning-Front,

in die ihr nicht gehört, da sie die Front der Ausbeuter ist. Reiht euch ein in die Front des proletarischen Widerstandes, in die ihr gehört, die Front, die zu bilden und zum Kampf zu führen sich die Sozialistische Arbeiterpartei zum Ziel gesetzt hat.

Und denselben Ruf richten wir an die Arbeiter, die heute enttäuscht, mutlos, zermürbt abseits stehen.

#### Die Zeit des Grollens ist vorüber, die Stunde des Handelns bricht an!

Ihr dürft nicht fehlen! Ohne euch kann die Arbeiterklasse nicht kämpfen! Die „Sozialistische Arbeiterpartei“ hat den Rahmen geschaffen, in dem ihr euch frei bewegen könnt, in dem ihr eure berechtigten Empörung formen könnt zu politischer Wirksamkeit. In der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ findet ihr, was ihr so

lange entbehrt habt: die revolutionäre Massen selbst ist zu ihrer Befreiung aus eigener Kraft.

Den ehrlichen revolutionären Arbeitern in der „Kommunistischen Partei“ rufen wir zu: Wollt ihr auch in dieser Situation noch länger mitansehen, wie eine kommunistische Führung, die nach eurer Meinung und eurem Willen nicht fragt, durch demagogische, auf kleinlichste Parteiinteressen abgestimmte Manöver die Einheitsfront der proletarischen Organisationen sabotiert, euch abhält, mit eurer Organisation in der Front aller ehrlichen Revolutionäre gegen die Herren- und Ausbeuterklasse zu marschieren?

#### Die Arbeiterklasse steht in einer entscheidenden historischen Stunde.

Ist sie heute von einem einzigen, von Klassenbewußtsein getragenen Willen besetzt, dem Willen, über die bankrotte, ins Chaos steuernde kapitalistische Wirtschaft hinweg eine neue Ordnung, die Ordnung des Sozialismus zu schaffen, — dann kann heute die Arbeiterklasse den entscheidenden Kampf um die Freiheit guten Mutes aufnehmen.

#### Es gilt, diesen einheitlichen Klassenwillen zu schaffen.

Die Zeit drängt! Die „Sozialistische Arbeiterpartei“ ruft alle proletarischen Organisationen auf, mit ihr gemeinsam die Front des Klassenwiderstandes der Arbeiterschaft zu schmieden!

Den Arbeitern ist die alte Form ihrer politischen Willensbildung, die Zusammenkunft in Versammlungen zur Zeit unmöglich gemacht.

#### Aber in den Betrieben

kommen nach wie vor Millionen täglich zusammen. Dort muß, wo immer sich eine Möglichkeit findet, Stellung genommen werden zu den Wirkungen der Notverordnung auf Lohn und Brot, müssen unter Zurückstellung aller parteitaktischen Manöver einheitliche Willensäußerungen der Proletarier herbeigeführt werden.

Eine ganz besonders große Bedeutung kommt in dieser Situation den Gewerkschaften zu. Daran, daß die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften die Kapitulation der SPD vor dem Klassenfeind gutheißen, ja zu dieser Politik gedrängt haben, ist leider kein Zweifel möglich. Um so aktiver müssen jetzt die Mitglieder der Gewerkschaften werden. Hier ist der Ort, wo ungehindert in Mitgliederversammlungen Arbeiter und Arbeitslose aller Parteirichtungen mit politisch noch nicht oder nicht mehr organisierten zusammenkommen können. Von hier muß

Berlin, 15. Dezember 1931.

## Der Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei

Partei, die das Werkzeug in der Hand der der Wille zum einheitlichen Abwehrkampf ausgehen, von hier muß er sich die Organisationsleitungen untertan machen.

Setzt überall die schleunigste Abhaltung außerordentlicher Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften durch! Sammelt dort die Arbeiter durch Aufklärung über die Wirkungen der Notverordnung zum einheitlichen Kampfwillen! Fordert die Einsetzung der gewerkschaftlichen Machtmittel

#### zum Widerstand gegen Lohnabbau und Tarifbruch

auf der ganzen Front. Nehmt in jedem Fall zu polizeilichen Unterdrückungsmaßnahmen gegen proletarische Organisationen, Versammlungen oder Zeitungen Stellung. Es ist ganz gleichgültig, welche proletarische Richtung heute von diesen Maßnahmen getroffen ist, — in jeder Richtung wird heute das ganze Proletariat getroffen. Das Bewußtsein dieser

#### Schicksalsgemeinschaft in Leiden und Kampf

muß heute im Proletariat geweckt werden. Jede gemeinsame, die Parteischranken überspringende Stellungnahme in den proletarischen Massenorganisationen wird eine Demonstration der wieder erstarkenden proletarischen Kraft sein, wird die Voraussetzung neuer, weiterreichender Kraftentfaltung sein.

Verlangt in der SPD wie in der KPD, in den Gewerkschaften wie in den Sport- und Kultur- und Wehr-Organisationen, daß der Bruderkampf des Proletariats beendet wird,

daß alle Organisationen zur Vorbereitung gemeinsamer Abwehrmaßnahmen zusammenreten,

daß gemeinsame Kundgebungen, Versammlungen und Demonstrationen gegen Lohnabbau, kapitalistische Ausbeutung und Faschismus veranstaltet werden.

Verlangt

#### Waffenstillstand

zwischen den proletarischen Parteien! Schaffung der Einheitsfront zur Abwehr des Faschismus und Vorbereitungen dafür, daß beim Sturz des Kabinetts Brüning eine Regierung Hitlers von den Arbeitern verhindert wird.

Die Bourgeoisie muß wissen, daß

#### Faschismus in Deutschland Bürgerkrieg in Deutschland bedeutet.

Sie muß wissen, daß in diesem Kampf die Arbeiter aller Richtungen zusammenstehen werden.

### Palastrevolution im Reichsbanner

Ein Dementi um Hörsing und die Hintergründe  
Berlin, 15. Dezember.

Die Bundesleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Magdeburg dementiert die Nachricht, die gestern von der Telegraphen-Union verbreitet wurde, daß der Führer der republikanischen Wehrorganisation, der frühere Oberpräsident der Provinz Sachsen, Otto Hörsing, zunächst einen längeren Urlaub antreten werde, um danach endgültig die Führung der von ihm begründeten Organisation niederzulegen. Der „Vorwärts“ schreibt über den Tatbestand unter dem Zwischenbegriff „Gerüchte über Hörsing“, daß zwar die Nachricht richtig sei, daß Hörsing jetzt einen längeren Erholungsurlaub angetreten habe, während dessen Dauer der stellvertretende Bundesführer Höltermann die Geschäfte der Bundesleitung führen werde, daß aber alle weitergehenden Nachrichten falsch seien.

Dagegen sei zutreffend, daß „man sich seit längerer Zeit sowohl im Bundesvorstand des Reichsbanners als auch in weiteren Reichsbannerkreisen mit der Frage beschäftigt, wie die Führung des Reichsbanners durch Hinzuziehung junger aktiver Kräfte verstärkt und aktiviert werden könne“.

In diesem Zusammenhang wird von „wiederholten Krankheitsfällen“ gesprochen, von denen Hörsing „leider wiederholt heimlich gesucht worden sei“.

Was die „weiteren Reichsbannerkreise“ angeht, so sind sie in der Lage, hier Aufklärung zu schaffen. Sie kristallisieren sich um den Berliner Gauleiter des Reichsbanners, den Abgeordneten Johann Stelling, Mitglied der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes der SPD, der selbst die Berufung auf den Platz Hörings anstrebt. Wenn der „Vorwärts“ schonungslos von „wiederholten Krankheitsfällen“ berichtet, denen Hörsing in letzter Zeit wiederholt ausgesetzt gewesen sei, so kann man von Persönlichkeiten, die den Vorgängen im Bundesvorstand des Reichsbanners näherstehen, hören, daß die „Krankheitsfälle“, unter denen Hörsing zu leiden hat, sehr merkwürdiger Natur seien, von einer Natur nämlich, die schon die Frage hat aufwerfen lassen, ob es nicht angebracht wäre, den Führer des Reichsbanners in einer Nervenheilanstalt unterzubringen.

Stellings Vorgehen soll, wie man hört, vornehmlich mit der Erwägung begründet worden sein, daß die Sozialdemokratische Partei jedes Interesse daran haben müsse, einen Mann, in dessen Hirn sich krankhaft-abenteuerrische Vorstellungen unausrottbar eingefressen hätten, unter keinen Umständen fernerhin über einen Machtfaktor von der Bedeutung des Reichsbanners, unkontrolliert verfügen lassen könne.

### Riesenbrand in Siam

500 Häuser zerstört.

Bangkok, 15. Dezember. Die Stadt ist heute von einem Brand heimgesucht worden, der der folgenschwerste ihrer ganzen bisherigen Geschichte ist. In dem chinesischen Geschäftsviertel sind 500 feste Häuser, darunter das Gebäude der Bank von Kanton, zerstört worden. Zweitausend Personen sind obdachlos. Der Materialschaden wird auf 10 Millionen Mark geschätzt.

#### Wer ist schuldig?

In Comillah (Bengalen) wurde ein englischer Friedensrichter von einer 20jährigen indischen Anarchistin erschossen, während sie ihm eine Bittschrift überreichte.



# Der Schutzbundprozeß in Bremen

Bremen, 15. Dezember.

(Eigener Drahtbericht.)

Der große Prozeß, in dem sozialistische Schutzbündler wegen Landfriedensbruchs vor Gericht stehen, erregt hier größtes Aufsehen. Mehrere Stunden vor Beginn der Verhandlungen drängten sich Hunderte, die Einlaß begehrten, vor den Türen des Gerichts. Aber nur etwa 60 Personen fanden in dem großen Schwurgerichtssaal Platz. Die Parteien sitzen säublich getrennt: Rechts vom Richter sitzen die Schutzbündler und Reichsbannerleute mit ihren Verteidigern, links die Nationalsozialisten. Zeugenbänke und Pressetische sind voll besetzt.

Heute war Vernehmung der Angeklagten. Der Reichsbannermann Masselmann sagte aus, die Reichsbannerstreife, der er angehörte, sei bei den Vorgängen am 9. November von den Nationalsozialisten angegriffen und schwer mißhandelt worden. Die Vernehmung des Reichsbannermanns Voigt bestätigt seine Aussagen.

Nach kurzer Pause folgt die Vernehmung unseres Schutzbundgenossen Prieser. Er berichtet über die Gründungsversammlung des Schutzbundes, die am gleichen Abend im Arbeitersamariterheim stattgefunden hatte. In der Versammlung wurde auch über die Umtriebe der Nazis gesprochen, als plötzlich die Nachricht hereingebracht wurde: die Nazis stehen draußen. Darauf sind einige unserer Genossen herausgegangen. Als sie hinaus kamen, war die Schlägerei bereits im Gange. Prieser berichtet weiter über Einzelheiten der Vorgänge. Dann berichtet er, daß er sowie die anderen verhafteten Schutzbündler erst am nächsten Morgen vernommen wurden. Sie erhielten nur ein Stück trockenes Brot und mußten während der ganzen Nacht auf dem kalten Flur auf dem Steinboden sitzen. Die Nationalsozialisten dagegen erhielten Betten in geheizten Räumen.

Die Verteidigung stellte im Anschluß an die Vernehmung nochmals zusammenfassend fest, daß Prieser sich in der Abwehr befunden hat.

Bremen, den 15. Dezember 1931.

(Eigener Drahtbericht)

In der heutigen Verhandlung im Bremer Schutzbundprozeß wurde der ganze Vormittag der Vernehmung der angeklagten Nazis gewidmet. Es war bezeichnend, daß als Tendenz aller Nazi-Aussagen von der Vernehmung des ersten bis zur Äußerung des letzten Angeklagten deutlich hervortrat: Die Nazis sind Unschuldslämmer, sie sind immer die Angegriffenen gewesen, sie sind ihres Lebens nicht sicher, sie wehren sich nur ihrer Haut, denn die bösen Marxisten wollen ihnen ans Leben.

So wollte der Führer der SA-Abteilung Clausen, der Mann, der, wie später festgestellt wurde, einen Nazisturm geführt hat, glauben machen, daß eine Aktion der Nazis gar nicht vorliege, daß die Nazis vielmehr „zufällig“ mit dem Reichsbanner und unseren Schutzbündlern in Konflikt geraten sind. Am Nachmittag begann die Vernehmung der Polizeibeamten. Die Aussage des ersten von ihnen war unklar und unbestimmt. Bei Redaktionsschluß dauern die Verhandlungen noch an.

## Hitler mit Ausweisung bedroht?

Nicht in der deutschen, wohl aber in der ausländischen Presse kann man lesen, daß Hitler von der Brüning-Regierung mit Ausweisung aus Deutschland bedroht wurde, wenn er seine außenpolitische Propaganda nicht einstelle. Aus Furcht vor dieser Drohung habe der lästige Ausländer in letzter Minute, so berichtet z. B. der Korrespondent des „Daily Herald“, den Schwatz abgesagt, den er mit Vertretern der ausländischen Presse für den vergangenen Freitag arrangiert hatte. Gleichzeitig habe er sich auch wieder bei dem Reichspräsidenten vorstellen wollen, sei aber auch da abschlägig beschieden worden.

Ob diese Angaben stimmen, können wir nicht sagen. Aber daß dieser großspurige Hohlkopf nie die Rolle hätte spielen können, die er sich jetzt anmaßt, wenn man ihn schon früher einmal als lästigen Ausländer behandelt hätte (bei armen Kerlen ist man nicht so schüchtern), ist außer Zweifel. Aber auch dieser Knabe dürfte wohl seit langem eine Figur auf dem politischen Schachbrett Brünings gewesen sein und noch immer sein...

## Betriebsratswahl bei Tietz SAP-Genossen auf der Gewerkschaftsliste gewählt

Angestellte	
Liste des ZdA	2417 Stimmen 12 Mandate
Liste der RGO	915 „ 4 „
Liste des GdA	„ „
(Hirsch-Dunker)	997 „ 4 „
Liste der Einkäufer und leitenden Angestellten	341 „ 1 „
Arbeiter	
Gesamtverband	784 Stimmen 7 Mandate
RGO	609 „ 4 „

Die RGO hat bei den Angestellten ein Mandat verloren, das bedauerlicherweise den Bürgerlichen zugefallen ist. Die Gründe hierfür werden in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten der Firma Tietz dahin angegeben, daß man sich trotz aller Propaganda der RGO über die Unfähigkeit der RGO-Kandidaten einig ist. Von der SAP sind sämtliche auf der Liste aufgestellten Genossen, und zwar der Arbeiterratsvorsitzende Hennig, sowie Reschke, Spengler und Westphal gewählt worden. Die Aufgabe unserer Genossen wird es sein, den Beweis zu erbringen, daß revolutionäre Politik auch in den Reihen der freien Gewerkschaften möglich ist.

## Wie die SPD „kämpft“

# SPD sieht keine Rettung mehr!

Berlin, den 15. Dezember.

Wie wir gestern schon vor Beendigung der sozialdemokratischen Fraktionsitzung melden konnten, hat die Fraktion beschlossen, im Aeltestenausschuß gegen die Einberufung des Reichstages zu stimmen, d. h. praktisch, die Aufhebung der Notverordnung nicht zu verlangen und die Regierung weiter zu tolerieren. In der Resolution, mit der dieser Beschluß begründet wird, heißt es:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehnt daher jede Verantwortung für jene Teile der Verordnung ab, die eine neue Belastung der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit sich bringen. Sie erhebt gegen die Eingriffe in das Tarifrecht, gegen die Senkung der Löhne, Gehälter und Sozialrenten schärfsten Protest.“

In ihrem Bestreben, die schädlichen Bestimmungen der Notverordnung durch erträglichere zu ersetzen, findet die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei den Parteien der verantwortungslosen Opposition keine Unterstützung. Sie kann nicht mit ihnen eine Regierung bilden, die die Verordnung vom 8. Dezember durch eine bessere ersetzt. Denn es geht jenen Parteien nicht um den Schutz der Interessen der notleidenden Volksmassen, sondern um die Verfolgung ihrer machtlüsternen Zwecke mit dem Endziele einer Zerstörung der politischen Rechte und Freiheiten des deutschen Volkes.

Ein Aufhebungsbeschluß des Reichstages kann deshalb eine praktische Wirkung nicht haben. Eine politische Krise im gegenwärtigen Augenblick würde aber nur die Verwirrung steigern, die Verhandlungen mit dem Ausland zum Stocken bringen, die Wirtschaftskrise und mit ihr das Massenelend verschärfen.

Zum Kampf gegen die Bedrohung der politischen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft müssen sich alle Kräfte der Arbeiterbewegung vereinen.

Vor allem ist es notwendig, die besonderen Härten, die die Notverordnung für einige Arbeiterkategorien mit sich bringt, zu beseitigen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nimmt ausdrücklich Kenntnis von der Erklärung, die die Reichsregierung in der Einleitung der amtlichen Verlautbarung über die Notverordnung abgegeben hat, in der es heißt:

„Die schicksalhafte Verbundenheit von Löhnen und Preisen bleibt selbstverständlich auch für die Zukunft erhalten. Sollten heute noch nicht übersehbare Umstände eintreten, die diese Wechselbeziehungen zwischen Löhnen und Preisen wesentlich verändern, so wäre eine neue Lage entstanden. Gerade um eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft des deutschen Volkes zu vermeiden, wird die Reichsregierung es als ihre vornehmste Pflicht ansehen, darauf zu achten, daß der jetzige Stand von Löhnen und Gehältern nur bei einem entsprechend tiefgehaltenen Stande aller Preise aufrechterhalten bleiben kann.“

Die sozialdemokratische Reichstags-

fraktion erklärt ausdrücklich, daß auch für sie eine neue Lage entstanden sein wird, wenn sich herausstellt, daß die Senkung der Preise mit jener der Löhne nicht Schritt hält. Sei behält sich für diesen Fall ihre weiteren Entschlüsse vor.“

Diese Entschließung steht sinngemäß in schroffem Widerspruch zu dem Beschluß. Mit der weiteren Tolerierung der Regierung Brüning übernimmt die Sozialdemokratie die volle Verantwortung für die weitere politische Entwicklung, für die Notverordnung und alle Konsequenzen, die sich aus ihr ergeben. Die arbeitenden Massen werden sie auch von dieser Verantwortung niemals freisprechen, sie wissen, daß die Sozialdemokratie die stärkste und sicherste Stütze der Regierung ist.

In der Begründung, die der „Vorwärts“ für den Beschluß gibt, wird, wie nun schon seit 15 Monaten, die Theorie des kleineren Übels vertreten.

Hieß es noch bei der Oktober-Notverordnung, daß sie geschluckt werden müsse, weil sie das größte Übel, die Durchbrechung des Tarifrechts, nicht enthalte, so wird heute, nachdem dieser Bruch vollzogen ist, wieder ein „großes“ Übel vorgeholt

und wiederum betont, in diesem Reichstag seien an die Stelle dieser Maßnahmen bessere nicht zu setzen. Deshalb bringe die Einberufung des Reichstags nur Schaden, keinerlei Gewinn.

Der „Vorwärts“ versucht, seinen Lesern einzureden, daß die Sozialdemokratie auch anders kann. „Es kann aber eine Situation eintreten“, schreibt er, „in der sie (die Partei) sich anders entschließt.“ Das wäre besonders dann der Fall, wenn sich herausstellen sollte, daß die Regierung das Versprechen, das sie den Arbeitern gegeben hat, nicht halten will.“ Aus der Argumentation des „Vorwärts“ ist nicht zu ersehen, weshalb in diesem Fall der gleiche Reichstag, der heute nur Schaden, aber keinen Gewinn bringen kann, plötzlich aktionsfähiger geworden sein soll. Und muß man wirklich noch abwarten, ob die Regierung ihre Versprechungen auf Preissenkung erfüllt? Einmal hat die Regierung schon häufig genug bewiesen, wie ernst es ihr mit den „Versprechungen“ ist, die sie kurz vor Fraktionssitzungen den sozialdemokratischen Unterhändlern zu geben pflegt, damit sie auf die Fraktionsmitglieder einen Druck ausüben können — wir erinnern in diesem Zusammenhang nur an jene nie erfüllten Versprechungen, die plötzlich in die Mittagspause der Juni-Fraktionssitzung hineinschneiten, und die Mehrheit der Fraktion, die vorher gegen die Tolerierung entschieden hatte, in eine Minderheit von wenigen Stimmen verwandelten — zum andern aber kann die Regierung ihre Versprechungen gar nicht erfüllen, weil sie entsprechend ihrem Charakter als Interessenvertretung des Großkapitals und der Großagraren ihre politische Linie der Massenbelastung und -unterdrückung konsequent fortsetzen muß.

will sie sich nicht selbst aufgeben. Wie völlig einsichtslos die Sozialdemokratie gegenüber diesen Tatsachen ist, ergibt sich schon daraus,

daß der „Vorwärts“ in dem erwähnten Artikel davon spricht, daß die Bestimmungen der Notverordnungen die Arbeitgeber keineswegs zu Lohnsenkungen in dem angegebenen Maße zwingen. Die Bindungen der Verordnungen könnten durch private Abkommen ersetzt und verändert werden. Damit soll allen Ernstes der Anschein erweckt werden, als ob die Arbeitgeber, durch deren jahrelangen beherrschenden Druck der Lohnraub und der Bruch des Tarifrechts verordnet wurde, freiwillig auch nur um einen Zoll von diesen von ihnen selbst diktierten Forderungen abgehen würden!

Der „Vorwärts“ erblickt ein ehrenvolles Zeugnis für die politische Reife der Arbeiterschaft und ihren „Klasseninstinkt“ darin, daß sie die wirtschaftliche Ausbeutung und politische Entrechtung erträgt, um dadurch den Faschismus zu besiegen und abzuwarten, bis dem „Zurückweichen im Lohnkampf ein neues Vorrücken folgt“.

Die Ansichten über politische Reife und Klasseninstinkt, die der „Vorwärts“ hier entwickelt, dürften sich grundlegend unterscheiden von den Auffassungen, die die klassenbewußte Arbeiterschaft hierüber hat.

Er erblickt in dem dauernden Zurückweichen bereits eine wesentliche Stärkung der faschistischen Macht, die ihren endgültigen Sieg vorbereitet. Die Tatsache aber, daß die deutsche Arbeiterschaft so — beinahe unverstündlich — geduldig alle Opfer auf sich nimmt, ist nur ein Beweis für ihre Zermürbung und ein gefährliches Anzeichen für ihre Kampfmüdigkeit.

Zum Schluß hält der „Vorwärts“ noch eine Mahnung an die SPD-Mitglieder für geboten: sie sollen nicht darüber diskutieren, ob der Fraktionsbeschluß richtig ist oder nicht; „Nachdem die Reichstagsfraktion für diesmal entschieden hat, wäre es nicht bloß zwecklos, sondern schädlich, darüber zu streiten, ob sie nicht anders hätte entscheiden sollen.“

Die Sozialdemokratie hat durch ihren Beschluß und fast noch mehr durch den Kommentar bewiesen, daß sie den einmal beschrittenen Weg der Tolerierung nicht mehr verlassen kann.

Es kann keine Notverordnung und keine Regierungsmaßnahme geben, die sie zur Aufgabe dieser Politik bewegen könnte.

Ihr Standpunkt, daß die Arbeiterschaft während der Krise nicht kämpfen kann, verdammt sie zu einer Fortsetzung dieser Politik des Nachgebens bis zu jenem bitteren Ende, das die Arbeiterschaft vollends entrechtet und bis zum Letzten kampfunfähig macht. Die Arbeiterschaft muß und wird der Sozialdemokratie beweisen, daß sie nicht gewillt ist, ihr auf diesem Wege zu folgen. Ein neues Signal ist aufgepflanzt, das das Proletariat auf den von der Sozialistischen Arbeiterpartei beschrittenen Weg des Kampfes gegen kapitalistische Diktatur, Lohnraub und Notverordnungen und unter ihren Fahnen zum Sieg des Sozialismus führen muß.

## Bundesausschuß des ADGB nimmt Stellung

Der Bundesausschuß des ADGB nahm am Dienstag Stellung zur durch die Notverordnung entstandenen lohnpolitischen Lage. Nach dem Bericht des „Abend“ forderte der Bundesvorsitzende Leipart die Hinausschiebung der Lohnsenkung, bis die Preissenkung sich ausgewirkt haben werde, und die Bereitstellung von Mitteln zur Arbeitsbeschaffung. Die durch Schiedsspruch des Reichspräsidenten festgesetzten neuen Löhne müßten allgemeinverbindlich erklärt werden.

Der Beschluß des Bundesausschusses liegt bis jetzt noch nicht vor. Nachdem die politische Entscheidung gefallen ist, kommt ihm nur noch geringe Bedeutung zu, umso mehr, als sich die Regierung, wie Leipart betonte, bereits vor Erlass der Notverordnung nicht im geringsten um die Wünsche der Gewerkschaften gekümmert hat.

## Die Aufgaben der Gewerkschaftsführer

Nach der Meinung des „Vorwärts“  
Im „Vorwärts“-Leitartikel vom 13. Dezember:

„Wenn der Staat will, daß Kinder in die Welt gesetzt werden, so sorge er gefälligst dafür, daß sie nicht verhungern.“

Ja, wenn eine solche Arbeit getan und ein solcher Kampf geführt werden soll, dann sind die Gewerkschaftsbonzen und die veruchte SPD vielleicht doch noch zu etwas gut!“

Dagegen können wir nichts sagen. Auch der „Vorwärts“ macht manchmal Witze. Meist aber sind es unfreiwillige.

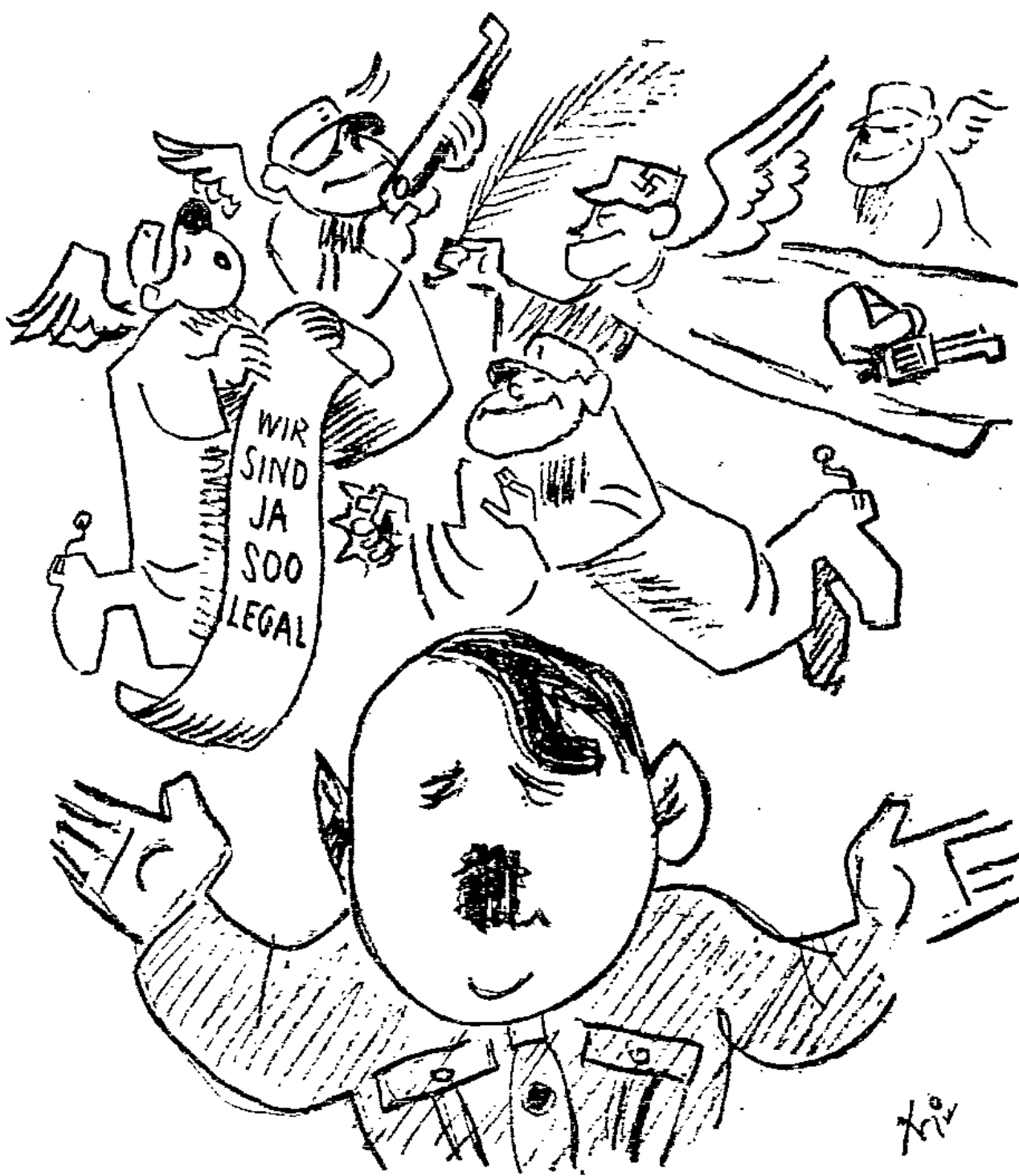
## Goebbels heiratet in die jüdische Hochfinanz

Berlin, 14. Dezember 1931

Beim Standesamt in Berlin-Charlottenburg ist für Sonnabend, 19. Dezember, das Aufgebot für den Berline Gauleiter der NSDAP, Dr. Josef Goebbels, bestellt. Goebbels wird die geschiedene Frau des Aufsichtsratsvorsitzenden der Berlin-Karlsruher Ind striewerke Dr. Günther Quandt heiraten, der kürzlich aus steuerlichen Gründen in die Schweiz übersiedelt ist. Frau Quandt ist eine geborene Friedländer. Adolf Hitler wird als Trauzeuge erwartet.

Gandhi in Rom. Ghandi ist in Rom eingetroffen. Er wird Gast des italienischen Generals Morris sein.

## Hitlers „weihnachtsfriedliche“ Luftflotte



Hitler: Ich organisiere doch keine Fliegertruppe. Das sind Friedensengel, die sich ganz zufällig getroffen haben.



# Die neue Hungerblockade

Schlechte und teure Lebensmittel für die arbeitende Bevölkerung — Was die Statistik sagt — Stürzt das kapitalistische Hungersystem!

Die arbeitenden und arbeitslosen Massen in Deutschland machen zur Zeit die dritte große Hungerperiode innerhalb von 20 Jahren durch. Sie trifft die große Mehrheit der gesamten Bevölkerung in einem Zustand, der zur ausgesprochenen Degeneration ausgeartet ist, denn die Pausen zwischen den langandauernden Perioden des Hungers wurden nicht durch eine Kräftigung und Erholung, sondern nur durch eine vorübergehende Abschwächung der schlimmsten Wirkungen von Not und Mangel ausgefüllt.

In den Jahren 1915—1918 hatten wir den organisierten Hunger in Deutschland. Die Einkreisung Deutschlands und die katastrophale Einschränkung der Produktion als Folge des Krieges führten zu einem tatsächlichen Mangel an den notwendigen Lebensmitteln herbei. Auch damals haben die Besitzenden in Deutschland nicht gehungert. Wer Geld hatte, fand tausend Wege, um aus dem geringen Gesamtvorrat sich einen möglichst großen Happen herauszuschneiden. Aber auf dem Papier und bei der Zuteilung von Lebensmitteln durch die Behörden waren alle Deutschen gleich.

Die Folgen dieses großen Raubzuges an der Lebenskraft der Bevölkerung zeigten sich in einer

allgemeinen Abnahme der Widerstandskraft gegen Seuchen und Krankheiten.

Das Durchschnittsgewicht der Kinder nahm erschreckend ab, die Lebensdauer einer ganzen Generation wurde verkürzt, immer größere Teile der Bevölkerung verfielen dem Siechtum. Allgemeine Schwächung der Organe und ihrer Funktionen, schlechendes Siechtum, vorzeitiges Altern, Zunahme der Grippe- und Typhusepidemien, außerordentliches Anwachsen der Nierensteinerkrankungen, der Gallenkrankheiten und besonders der Schädigungen der Leber waren die Folgen der jahrelangen Unterernährung und des Verbrauchs von schlechten Ersatzstoffen. Stoffwechselstörungen wurden zur Allgemeinerscheinung, und als Folge davon wuchs die Anfälligkeit für Gicht, Rheumatismus und für Zahnkrankheiten. „Die Zahl der an Nährschäden Erkrankten und Verstorbenen war kaum geringer als die Zahl der an der Front Erkrankten und Gefallenen“, schrieb Dr. C. Funk in der „Kölner Zeitschrift für Volksernährung und Diätetik“.

Die angegebenen Verwüstungen am Volkskörper sind auch in der Nachkriegszeit in Deutschland durch eine ausreichende Ernährung nicht gutgemacht worden.

Die zweite große Hungerperiode machte die deutsche Bevölkerung in den Inflationsjahren durch.

Da gab es keine Kartensysteme und behördlich zuteilte Portionen mehr, während sich in der Kriegszeit der Ueberfluß der Reichen noch versteckte und heimlich genossen wurde, machte er sich jetzt in schamloser und aufreizender Weise breit. Während vor den Bäcker- und Fleischerläden der Arbeiterviertel sich wieder Schlangen anstellten, um die minderwertigen Nahrungsmittel zu erstehen, brachen im Zentrum und im Westen die Regale von den feinsten Delikatessen. Es war alles in Hülle und Fülle da — für denjenigen, der Geld hatte. Der unorganisierte Hunger fraß am Lebensmark der Bevölkerung, so wie während des Krieges der organisierte Hunger die Kräfte ausgehöhlt hatte.

Aber auch nach der Inflation gab es keinen Aufschwung für die Millionen der arbeitenden Bevölkerung, keine Erholung, keine Schaffung neuer Reserven. Aus einer Statistik des Jahres 1926, die vom „Statistischen Reichsamt“ und verschiedenen Organisationen vorgenommen wurde, ist ersichtlich, daß zwar in den Jahren nach der Inflation die gesamten Lebenshaltungskosten gegenüber der Vorkriegszeit erheblich gestiegen sind, daß aber der Aufwand für die Ernährung damit nicht Schritt gehalten hat.

So wurde bei den untersuchten 2600 Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfamilien, deren Lebensstandard untersucht wurde, festgestellt eine Mehrausgabe für Ernährung (1926 gegen Vorkriegszeit) beim Arbeiter 31,86 Prozent, Angestellten 29,17 Prozent, Beamten 25 Prozent; an Mehrausgabe für Steuern und Sozialausgaben beim Arbeiter von 315,30 Prozent, Angestellten 245,25 Prozent, Beamten 148,38 Prozent; an Mehrausgabe für Bedürfnisse kultureller Art: Arbeiter 94,48 Prozent, Angestellten 59,72 Prozent, Beamten 70,24 Prozent. Eine genaue Untersuchung dieser Zahlen zeigt, daß

die Familien vor allem durch die außerordentliche Steigerung der Steuern und Sozialbeiträge gezwungen wurden, an der Ernährung weitgehend zu sparen.

Die ärmere Bevölkerung war nicht in der Lage, die zur Erhaltung der Lebens- und Arbeitskraft nötige Kalorienmenge sich zu verschaffen.

Die arbeitende Klasse war in wachsendem Maße gezwungen — selbst in den Jahren guter Konjunktur — um ihre Ernährung auch nur einigermaßen mengenmäßig zu sichern, zu den billigeren Nahrungsmitteln abzuwandern, die dazu noch, infolge größerer Nachfrage, verhältnismäßig teuer wurden als die hochwertigen.

Die statistischen Erhebungen belegen diese Abwanderung genau. Die Ergebnisse sind: weniger Fleisch, Milch, Eier, Butter, Käse, dafür mehr Fisch (aber nur teilweise, wo günstige Transportverhältnisse vorliegen) Brot, Kartoffeln, tierische und pflanzliche Fette. Am stärksten im Verbrauch zurückgegangen ist das besonders für Kinder so wichtige Obst und Gemüse.

Professor Tyszká, der die Statistik bearbeitet hat, stellt fest, daß sich die Ernährungsverhältnisse im allgemeinen gegenüber der Kriegszeit verbessert haben, im Vergleich zur Vorkriegszeit aber ungenügend sind. Für einen beängstigend großen Teil des deutschen Volkes reiche die Zufuhr von Eiweiß, besonders von tierischem (zu wenig Fleisch), von Kohle-

hydraten und Kalorien zur Erhaltung eines gesunden, leistungsfähigen Menschenschlags keineswegs aus.

Das sind Feststellungen, die sich auf den Stand von 1926 gründen. Inzwischen ist die arbeitende Bevölkerung in Deutschland durch den großkapitalistischen Wirtschaftswahnsinn in eine neue Periode des unorganisierten Massenhungers gestürzt worden.

Es ist die stärkste Anklage gegen das bestehende System, daß die Hungersnot, die wir durchmachen, nicht auf Mangel, sondern auf den Ueberfluß an Waren, an Gebrauchsartikeln und Lebensmitteln zurückzuführen ist. Auf der einen Seite häufen sich die Lager, verderben die Lebensmittel, werden verbraucht und ins Meer gesenkt, werden tausendtonnweise in den Lagerhäusern aufgestapelt, und auf der anderen Seite stirbt ein Millionenvolk langsam ab, degeneriert, wird in die Barbarei hineingezwungen, zu dauernder Unterernährung verurteilt.

Wie lange soll das noch so weitergehen?

Es wird erst sein Ende finden, wenn die Millionen, die zum Hungern gezwungen werden,

ihre Kräfte zusammenfassen, wenn sie den Krieg gegen den Hunger führen: die proletarische Revolution gegen die Gesellschaft, die sich selbst ihr Todesurteil gesprochen hat, damit, daß sie sich unfähig zeigt, ihre eigenen Sklaven zu ernähren.

F. R.

## An letzter Stelle Deutschland Der Brotkonsum bei uns

Bürgerliche Blätter berichten über den Brotverbrauch in verschiedenen Ländern. Am meisten Brot wird in Rußland gegessen, doch fehlen für dieses Land die Zahlen. An zweiter Stelle kommt Belgien mit einem Jahresverbrauch von 275 kg je Kopf der Bevölkerung, dann Frankreich mit 250, Holland mit 210, Ungarn und Tschechoslowakei mit 200 kg. An letzter Stelle stehen Oesterreich und Deutschland mit je 158 kg. Das proletarische Brot ist bei uns weithin die Kartoffel — diese Tatsache dokumentiert die Lage der deutschen Arbeiterschaft!

## Katastrophen

### Ein Schiffsbrand 300 Tote!

Auf dem Jangtse ereignete sich eine schwere Schiffskatastrophe. Der Dampfer „Ta Te“ war mit 600 Fahrgästen von Schanghai nach einem kleinen Hafen an der Mündung des Flusses unterwegs. Durch eine Explosion im Maschinenraum des Schiffes wurde ein Brand hervorgerufen. Das ganze Schiff war sofort von Flammen eingehüllt. Die im Innern des Dampfers befindlichen Fahrgäste hatten keine Möglichkeit, sich zu retten und verbrannten bei lebendigem Leibe. Nach einer Reutermeldung sind 300 Menschen umgekommen.

### Theaterbrand in Kopenhagen

Kopenhagen, 15. Dezember.

Im Nörrebro-Theater brach einige Stunden nach Schluß der gestrigen Abendvorstellung Feuer aus. Das Gebäude ist ausgebrannt. Personen kamen bei dem Brande nicht zu Schaden.

### Unwetter in Italien

Rom, 15. Dezember.

Von der ganzen Mittelmeerküste werden schwere Stürme gemeldet. In Spezia wurden verschiedene Häuser beschädigt und die Verbindung fast völlig unterbrochen. Mehrere Personen erlitten schwere Verletzungen. Der Sachschaden beträgt mehrere Millionen Lire. Eine Reihe von kleineren Schiffen ist auf offener See vom Sturme überrascht worden und

kenterte oder konnten nur mit Mühe Rettung suchen. In Sarno bei Neapel sind 20 Personen durch heruntergeworfene Ziegel schwer verletzt worden. Auch hier ist die Telefon- und Telegraphenverbindung unterbrochen. In Massa wurden das Krankenhaus und das Regierungsgebäude beschädigt. Auch aus dem Innern des Landes kommen Meldungen über schwere Sturmschäden. In der berühmten Kathedrale Santa Maria del Fiore in Florenz hat der Sturm mehrere Fenster der Kuppel zerbrochen. Ebenfalls in Florenz wurden zwei 40 Meter hohe Funktürme umgerissen. In einer Ortschaft in Toskana wurde der Glockenturm einer Kirche umgeworfen. Der Sachschaden auf den Feldern ist beträchtlich.

### „Fortschrittliche“ Türkei Eine Frau hingerichtet!

Konstantinopel, 14. Dezember.

Zum erstmalig in der Geschichte der Türkei ist heute eine Frau wegen Mordes öffentlich hingerichtet worden. Fatma Hanum, eine Eingeborene aus Sparta, einer Stadt in der Nähe von Smyrna, im Alter von 40 Jahren, ist schuldig befunden worden, eine andere Frau mit einer Axt getötet zu haben, um deren Gatten zu heiraten. Sie nahm ihren Tod mit philosophischem Gleichmut entgegen. In weiß gekleidet, wie alle zum Tode Verurteilten in der Türkei, sprach sie zuerst das Gebet des

Koran für solche Gelegenheiten, bestieg dann festen Schrittes den Galgen und legte sich selbst die Schlinge um den Hals. Tausende Menschen aus der Umgebung waren herbeigeeilt, um der Hinrichtung zuzusehen.

### 500 000 im Banne christlicher Mystik

Mexiko, 15. Dezember.

Fast eine halbe Million Menschen begab sich in einer Prozession in den Wallfahrtsort Guadalupe-Hidalgo, etwa 6 km nördlich der Stadt um die Patronin von Mexiko, die Jungfrau Maria von Guadalupe, am Jahrestage ihrer legendären Erscheinung vor 400 Jahren zu ehren.

### Teure Kirchenreklame

Als der als kirchlicher Wanderredner bekannte Kaplan Fahsel kürzlich in Stuttgart einen Vortrag halten sollte, bekam er die Nachricht, daß der Saal für die Besucherzahl nicht ausreichte, und eine Parallelversammlung stattfinden müsse. Kaplan Fahsel erhöhte darauf sein Honorar für den Abend von 800 Mark auf 1500 Mark, ging aber dann nach einigem Handeln auf 1350 Mark herunter. Dieses Honorar erhielt er auch ausgezahlt. In einem jetzt schwebenden Prozeß versucht nun der Veranstalter einen Teil des Geldes zurückzubekommen. Wir sehen daraus, daß heute kirchliche Vertreter den Mammon sehr zu schätzen wissen.

### Eine Wölfin im Kreise Stolp erlegt

Stolp, 15. Dezember.

Der Förster im Muddelstrand beobachtete seit Monaten, daß sich das Rehwild verzog. Er nahm an, daß ein wilder Hund die Tiere vertrieb. Auf seinem Reviergang sah er ein nach allen Seiten sicherndes Tier aus dem Gebüsch treten und schoß es nieder. Bei der näheren Untersuchung stellte sich zu seinem Erstaunen heraus, daß er eine Wölfin erlegt hatte. Da er seiner Sache nicht ganz sicher war, wurde ein zoologischer Sachverständiger aus Stolp hinzugezogen, der den Befund bestätigte. Der letzte Wolf im Stolper Kreise wurde vor etwa 60 Jahren geschossen.

### Japan: 90 Millionen Einwohner

Japan hat nach der Volkszählung von 1930 rund 64 448 000 Einwohner. Seine Bevölkerung hat sich sonach seit 1872 fast verdoppelt. Noch im Jahre 1925 betrug sie 59 Millionen. Zwar ist die Sterblichkeit hoch, aber auch die Geburtenzahl mit 334 Geburten im Jahr auf 10 000 Einwohner. Zu dem eigentlichen Japan kommen noch Korea mit 21 058 000, Formosa mit 4 595 000 und Karafuto mit 295 000 Einwohnern. Mit deren Einschluß steigt die Bevölkerungszahl von Groß-Japan auf 90 395 000 Einwohner.

Massenverurteilung wegen Getreidesabotage. Das Gericht in Astrachan hat ein Urteil gegen 87 Angeklagte gesprochen, die der Sabotage in der Getreideversorgung beschuldigt waren. Das Gericht verurteilte 29 Angeklagte zu zehn Jahren Gefängnis; vier Angeklagte wurden zu je acht Jahren, 12 zu je sechs Jahren, zwei zu je fünf Jahren Gefängnis verurteilt; 25 Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von etwa einem Jahr.

## Krieg auf Erden!



### Krisen-Weihnachten 1931

„Franzosen, kauft zu Weihnachten nur französische Spielwaren!“ — Unter dieser Devise ließen einige französische Firmen eine Gruppe von Weihnachtsmännern durch die Straßen von Paris ziehen. Die kapitalistische Konkurrenz nimmt auf „christliche Gefühle“ keine Rücksicht!



# Becker des Mordes überführt

## Skandalöses Benehmen der Angeklagten

Die Dienstag-Verhandlung des Nazi-Mordes in der Hufelandstraße vor dem Moabiter Schwurgericht hat die einwandfreie Ueberführung des Angeklagten Becker erbracht. Das Lügengebäude der Angeklagten ist völlig zusammengebrochen. Nichts von politischer Schlägerei, nichts von Reichsbanner-Uebermacht, sondern ein mit größter Kaltblütigkeit verübter Mord. Nach der übereinstimmenden Aussage der Zeugen, die als Gäste an der Schneiderschen Silvesterfeier teilnahmen, hat sich der Mord so abgespielt:

Bei Schneider hat eine friedliche Silvesterfeier stattgefunden. Um Mitternacht zog der Ladenhauer Schneider noch einen Hausgenossen, den K.-Innenwächter Bruno Schneider, zu der Festlichkeit zu. Bruno Schneider, der an einem Magenleiden litt, begab sich auf die Straße, um eine Bekannte nach Hause zu bringen. Auf dem Rückwege brach er auf der Straße. Dabei stieß er mit Nazis, die zum Nachbarlokal Kirschke wollten, zusammen. In der Bedrängnis hat er sich mit einem Fußtritt gewehrt und an den Schneiderschen Laden geklopft und um Hilfe gerufen. Die Gäste kamen heraus, es entwickelte sich eine Schlägerei, bei der der Angeklagte Pressel mit dem Revolver drohte und auch

schoß. Allmählich legte sich die Erregung und die Schneiderschen Gäste gingen in den Laden zurück und ließen die Fensterläden herunter. Nach einer Stunde entfernte sich einer der Gäste, namens Pasewalk und wurde sofort von Nazis angefallen und über den Kopf geschlagen. Darauf rief der ermordete Willi Schneider das Ueberfallkommando zu Hilfe und ebenso das nahegelegene Reichsbannerlokal in der Allensteiner Straße, das aber nur drei Mann schickte. Es entwickelte sich nun erneut eine heftige Schlägerei, in die nun auch stärkere Reichsbannerformationen eingriffen.

Reichsbannerleute zerbrachen einen Stuhl, um sich der schwerbewaffneten Nazis zu erwehren. Diese Schlägerei spielte sich an verschiedenen Stellen der Straße ab. Als wieder etwas Ruhe eingetreten war,

betrat plötzlich der SA-Mann Becker den Laden

brach in die Wohnräume ein, nahm den Anzug des Willi Schneiders und riß von ihm das Reichsbannerabzeichen ab. Frau Schneider wies ihn aus der Wohnung und fragte, wo er das Recht zum Betreten der Wohnung hernehme. Becker antwortete: „Das Recht habe ich mir genommen.“ Im selben Augenblick betrat Willi Schneider, der auf der

Straße gewesen war, unbewaffnet und ahnungslos den Laden.

Mit den Worten „Du Strolch, auf dich habe ich gewartet!“ schoß Becker, worauf Schneider sterbend zusammenbrach.

Diese Darstellung wird übereinstimmend von sechs Zeugen gegeben. Der Mord an Graf konnte noch nicht völlig aufgeklärt werden, er ist während der Schlägerei zwischen Reichsbanner und Nazis geschehen, in deren Verlauf wiederholt seitens der Nazis geschossen wurde. Das Ueberfallkommando kam, obgleich rechtzeitig alarmiert, erst, als alles vorbei war, und die Nazimörder restlos entkommen waren. Ganz unerhört und unglaublich ist das Verhalten der Angeklagten. Während die Mutter des Ermordeten sehr sachlich und ruhig die Schußstellung Beckers demonstrieren muß,

grinsen die rohen Burschen zynisch.

Auch während der Vernehmung der Braut Willi Schneiders, die sehr erschüttert ist, wiederholen sich völlig ungerührt diese unglaublichen und widerlichen Szenen. Der Zuschauerraum, der wieder voll von Nazis ist, findet die Zeugenvernehmung äußerst amüsant, sein Benehmen wird schließlich so provozierend, daß endlich sogar der Vorsitzende mit Räumung drohen muß.

## Kostensenkung und Preissenkung

Löhne sinken — Preise bleiben hoch

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht eine sehr interessante Industriekalkulation auf Grund der Notverordnung. Es handelt sich um eine freie Gesellschaft, die durch die Bestimmungen zur Anpassung gebundener Preise nicht betroffen wird. Für die Kalkulation ist gleichbleibender Absatz vorausgesetzt, eine Voraussetzung, die nach ihren Ergebnissen nicht eintreten kann.

Die Kalkulation sieht folgendermaßen aus: Das Unternehmen bezieht nur solche Rohstoffe, die durch die Bestimmungen über gebundene Preise nicht betroffen werden. Man rechnet demnach mit einer Senkung der Rohstoffkosten um 2 Proz. Die Löhne werden um 10 Proz. gesenkt. Sie verhalten sich aber zu den Rohstoffen wie 1:16, spielen also für die Gesamtkosten eine sehr geringe Rolle. Für die außerordentlichen Löhne und Gehälter rechnet man, „auf gutlichem Wege eine ähnliche Herabsetzung zu erreichen“. Für die Betriebsmaterialien, wie Öl und Benzin, ist mit einer Senkung um nur 5 Proz. zu rechnen, da nach Aufhebung der Treibstoffkonvention die Preise dieser Stoffe durch den Weltmarkt bestimmt und durch Zollschutz erheblich verteuert werden. Die Bezüge des Vorstandes und des Aufsichtsrats können nicht herabgesetzt werden, da dies erst vor kurzer Zeit geschehen sei. Die Zinsherbsetzung spielt keine Rolle, da das Unternehmen sich selbst finanziert. Dagegen wird der Steueretat um 38 Proz. höher veranschlagt als nach der Kalkulation vor dem 8. Dezember. Im ganzen gelangt das Unternehmen zu einer Selbstkostenminderung um 4,7 Proz.

Aus dieser Kalkulation ergibt sich deutlich, daß nach der Selbstkostenberechnung eine Preissenkung um 10 Prozent nicht zu rechnen ist. Es handelt sich hier auch nicht um ein isoliertes Beispiel, vielmehr weist diese Kalkulation durchaus typische Merkmale auf. Der Anteil des Lohns an den Gesamtkosten wird mit zunehmender Rationalisierung, d. h. mit der steigenden Investition von fixem Kapital immer geringer, so daß auch der Einfluß der Lohnsenkung auf die Gestehungskosten und damit auf die Preise immer kleiner wird. Ebenso wird auch bei der starken Tendenz der Selbstfinanzierung, die heute in der deutschen Industrie herrscht, die Zinskonversion in breiten Teilen der Wirtschaft nicht die kostensenkende Wirkung haben.

Dagegen scheint uns die Voraussetzung, die der oben erwähnten Kalkulation zugrunde liegt, insofern falsch zu sein, als sich infolge der Lohn- d. h. Kaufkraftsenkung, der keine entsprechende Preisverminderung gegenübersteht, der Umsatz senken wird, was die ganze Kalkulation über den Haufen werfen und zu einer noch geringeren Preissenkung führen muß.

Diese Kalkulationen beweisen, was wir von vornherein zum Ausdruck gebracht haben: daß die „Wechselbeziehung“ von Lohn- und Preissenkung nur ein scheinbarer sein und das Ergebnis der Notverordnung lediglich in einer Kaufkraftschumpfung und Verelendung der breiten Massen bestehen kann.

Man muß schon den kapitalistischen Zusammenhang von Lohn und Preis noch unter dem Gesichtspunkt einer „prästabilierten Harmonie“ sehen, um wie SPD von der „schicksalhaften Verbundenheit von Löhnen und Preisen“, die „selbstverständlich auch für die Zukunft erhalten bleibt“, zu reden. Wem aber die Erkenntnisse von Marx kein Buch mit sieben Siegeln blieben, der mußte derartige kapitalistische Kalkulationen voraussehen und deshalb die Notverordnung mit aller Entschiedenheit ablehnen.

## Schweiz kündigt Handelsvertrag

Der schweizerische Bundesrat hat am Montag beschlossen, den Handelsvertrag mit Deutschland zum 4. Februar zu kündigen. Der Bundesrat erklärt sich jedoch zu weiteren Verhandlungen mit Deutschland über eine Regelung des Handelsverhältnisses nach dem 4. Februar bereit.

## Die Kehrseite des Zollwahnns

Organisierter Massenschmuggel an der Westgrenze

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurden am Sonnabend zunächst außerordentliche Zuwendungen an Beamte und Hilfskräfte des Grenzbeobachtungs- und Steueraufsichtsdienstes bewilligt. Der Reichsfinanzminister hat in einem Schreiben an den Ausschuß darauf hingewiesen, daß der Schmuggel an der Westgrenze einen Umfang angenommen habe, der nicht nur die Reichsfinanzen aufs schwerste schädige, sondern auch in einzelnen Gegenden ganze Wirtschaftszweige zum Erliegen zu bringen drohe. Die Waren würden von zum Teil bewaffneten Banden in Stärke bis zu hundert Mann und kriegsmäßiger Sicherung über die Grenze gebracht, wobei Kraftfahrzeuge, oft sogar gepanzerte, verwendet würden. In letzter Zeit sei es beim Zusammenstoß mit Schmugglern in vielen Fällen zu lebhaften Feuergefechten gekommen. Nicht selten seien die Beamten gezwungen, gepanzerte Schmugglerautos, die die vordere Linie durchbrochen hätten, zu verfolgen und mit der Waffe zu steilen.

## Die englische Baumwollindustrie will rationalisieren

Auf einer Sitzung des gemeinsamen Ausschusses der Baumwollhandelsorganisationen von Lancashire wurde heute ein bedeutsamer Plan zur Reorganisation der Industrie beraten. Das Projekt sieht

die Zusammenfassung von Fabriken und die Ausscheidung überflüssiger Anlagen und Maschinen

vor. Als beste Methode für den Ankauf und die Stilllegung der betreffenden Anlagen wird die Schaffung eines Fonds empfohlen, der durch Anleihen unter Beteiligung aller Firmen gebildet werden soll. Es besteht die Absicht, die Regierung um ein Gesetz zu ersuchen, das die Ausscheidung und Stilllegung eines wesentlichen Teiles der Maschinen und Fabriken erleichtern würde.

## Sterbender Kapitalismus

Arbeiterentlassungen und Arbeitsstreckung beim Wessener Weißblechwerk der Vereinigten Stahlwerke.

Wissen (Sieg) 13. Dezember.

Die Werksleitung des hiesigen Weißblechwerks der Vereinigten Stahlwerke A.-G. gibt bekannt, sie sei durch die anhaltende ständige Krise gewisser Währungen nicht mehr in der Lage, auf dem Auslandsmarkt erfolgreich zu konkurrieren und könne daher, da Auslandsaufträge fast restlos ausgeblieben seien und der Inlandsmarkt völlig stillliege, den Betrieb nicht mehr in dem bisherigen Umfang aufrechterhalten. Sie teilt mit, daß sie aus diesem Grunde die überzählige Belegschaft in Stärke von 650 Mann zum 31. Dezember dieses Jahres entläßt und für die noch beschäftigten Arbeiter mehrere Wochen hindurch an drei Tagen Feierschichten einlegt. Das Werk, das in normalen Zeiten 2700 Arbeiter beschäftigt, wird nach Durchführung der angekündigten Maßnahmen nunmehr 700 Arbeiter beschäftigen.

## Preisabbau — für die mondäne Gesellschaft

Wie aus Salzburg gemeldet wird, haben die dortigen Organisationen der Gastwirte und der Hoteliers „im Interesse der Belebung des Fremdenverkehrs“ für die Wintersaison 1931/32 bis Ende März eine rund zwanzigprozentige Preisreduktion beschlossen. Bei den Luxusbedürfnissen der Bourgeoisie erfolgt der Preisabbau prompt — das Proletariat aber hat die notwendigsten Lebensmittel weiter teuer zu bezahlen!

## Lohnabbau-Notverordnung wirkt

15 Prozent Lohnabbau in Magdeburg

Ueber die Tarife für die Magdeburger Angestellten wurde am Montag vor dem Schlichtungsausschuß Magdeburg verhandelt. Nach fünfstündiger Sitzung wurde folgender Spruch gefällt:

Der Antrag der Arbeitgeber auf Senkung der Gehälter für den Monat Dezember wird abgelehnt. Ab 1. Januar 1932 tritt eine Senkung der bestehenden Tarifgehälter und der bestehenden Dienstalterszuschläge um 15 Prozent ein, mit der Maßgabe, daß die danach zu errechnenden Gehälter in keinem Fall unter dem Stand des Tarifgehalts, einschließlich der Dienstalterszuschläge, vom 10. Januar 1927 sinken.

## Der verbotene Streik

Gestern hatte sich das Landesarbeitsgericht als Berufungsinstanz mit dem Streit zu befassen, der zwischen dem Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiterverband um die Auslegung des Oeynhausener Schiedsspruches entstanden war. Der Konflikt war dadurch entstanden, daß eine Essener Eisenfirma gemäß dem Tarifvertrag die übertariflichen Akkorde und Löhne gekündigt hatte, was die Arbeitnehmer als eine Aussperrung auffaßten und deshalb die Arbeit niederlegten. Die Arbeitgeber erblickten darin einen Streik, den der Deutsche Metallarbeiterverband durch finanzielle Hilfe der Belegschaft unterstützt habe. Die betreffende Firma machte geltend, daß ihr durch die Arbeitsniederlegung ein Schaden von 150 000 Mark entstanden sei, für den sie den Metallarbeiterverband haftbar machte. Von dem Arbeitgeberverband, dem diese Forderung abgetreten war, wurden vor dem Arbeitsgericht 7000 Mark eingeklagt, zu deren Zahlung der Metallarbeiterverband auch verurteilt wurde. Das Gericht hatte damals die Herabsetzung der übertariflichen Akkorde und Löhne als zulässig erklärt, so daß der Metallarbeiterverband der Verletzung der Friedenspflicht für schuldig befunden wurde. Gegen dieses Urteil hatte der Metallarbeiterverband Berufung eingelegt. Da inzwischen das Reichsgericht mehrmals entschieden hatte, daß die Arbeitgeber zwar die übertariflichen Akkordlöhne herabsetzen könnten, aber nur unter Innehaltung der Kündigungsfrist, was bei der Essener Firma nicht der Fall war, hatte der Metallarbeiterverband Widerklage erhoben. Das Landesarbeitsgericht wies nun gestern beide Klagen ab.

## Zwölf Prozent Lohnkürzung in Nordwest

Das Notverordnungsdiiktat beginnt

Nach mehrstündigen Verhandlungen über die Lohn- und Arbeitszeitfrage für die Eisenindustriegruppe Nordwest wurde folgender Schiedsspruch gefällt: Für die Facharbeiter wird der Stundenlohn herabgesetzt von 79 auf 70 Pf., für die Hilfsarbeiter von 63 auf 55 Pf. Die sogenannte Akkordversicherung, die bisher 15 Prozent betrug, wird auf 10 Prozent vermindert. Diese Lohnregelung gilt ab 1. Januar 1932, während für Dezember 1931 der alte Lohntarif wieder in Kraft gesetzt wurde. — In der Arbeitszeitfrage kam es zwischen den Parteien zu einer Vereinbarung, die von sämtlichen Teilnehmern bereits unterschrieben wurde. Hiernach beträgt die Arbeitszeit in den weiterverarbeitenden Betrieben 48 Stunden statt 52 Stunden bisher, mit der Maßgabe, daß, falls Betriebsnotwendigkeiten es erfordern, eine längere Arbeitszeit gestattet ist. In allen Fällen, in denen bisher 57 Stunden durchschnittlich festgelegt waren, wird die Arbeitszeit auf 54 Stunden durchschnittlich herabgesetzt. Der Lohnschiedsspruch läuft bis zum 30. April 1932.

Die Notverordnung beginnt, sich auszuwirken. In Berlin sind die Verhandlungen zwischen den Metallarbeitern und Industriellen zunächst gescheitert, in Nordwest ist bereits der neue Schiedsspruch verkündet, der einen Lohnabbau von 12 Prozent bringt, in Wirklichkeit aber, da die Arbeitszeitverkürzung ohne jeden Lohnausgleich erfolgt, eine erheblich höhere Lohnkürzung enthält. Die Gewerkschaften haben diesen Schiedsspruch abgelehnt, der am Donnerstag verbindlich erklärt werden soll. War schon bisher die formale Ablehnung ohne jede weitere Folgerung ein Schlag in die Luft, so wird sie jetzt zum lächerlichen Theater, wo schon vor Beginn der Verhandlungen der Lohnabbau durch Gesetz festgelegt ist. Wenn die Gewerkschaften nicht jedes Vertrauen bei ihren Mitgliedern verlieren wollen, dürfen sie sich dieser Schiedsspruch- und Schlichtungskomödie nicht länger kampfflos unterwerfen, sondern müssen alles tun, um die Arbeiter gegen diese Lohnpolitik und gegen diese Lohnpolitik und gegen die ganze Notverordnung zu mobilisieren.

## Generalstreik in Twente

Amsterdam, 14. Dezember.

Im größten Teil des Textilindustriengebiets von Twente ist heute der von den Gewerkschaften proklamierte allgemeine Ausstand in Kraft getreten. In 28 Textilfabriken haben rund 14 000 Arbeiter die Arbeit niedergelegt.

Eine geringe Anzahl von Fabriken mit zusammen etwa 4000 Arbeitern ist vorläufig von der Streikparole ausgenommen worden, da der Fortbestand dieser Betriebe im Hinblick auf ihre ungünstige Geschäftslage durch einen Streik ernstlich gefährdet werden würde.

# Winterhilfe — für die Landwirtschaft

Schieles großartige Ankündigung einer Fleischverbilligung, die von der SPD begeistert aufgenommen wurde, geht zurück auf eine Zusage, die der Reichsernährungsminister bereits im September 1930 gegeben hat: bei der Aufhebung der zollfreien Gefrierfleischzufuhr sicherte er die sofortige Lieferung von verbilligtem Frischfleisch an die Erwerbslosen zu. Mittlerweile aber ging der Fleischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung immer weiter zurück, ohne daß der Ernährungsminister sich rührte. Er betrug

1928	1929	1930
54,37 kg	52,47 kg	51,98 kg

Für 1931 hat Schiele selbst eine weitere Senkung zugegeben. Aber wie kommt es, daß gerade jetzt sein Herz für die hungernden Erwerbslosen zu schlagen beginnt? Sehr einfach: Herr Schiele ist ja nicht nur Ernährungs-, sondern auch Landwirtschaftsminister. Und wenn die Landwirtschaft um Hilfe schreit,

wartet er nicht so lange mit dem Eingreifen. Das Hugenberg-Organ, die „Schlesische Zeitung“, schrieb bereits am 25. November, daß bei der Durchführung von Schieles Winterhilfeaktion 800 000 Rinder und 8 Millionen Schweine zusätzlich untergebracht werden könnten. Angebot und Nachfrage würden sich bis zum Frühjahr die Waage halten. Das bedeutet nichts anderes, als daß die Winterhilfe ein Mittel gegen Preissturz sein und zum Frühjahr bei einer Verknappung des Angebotes eine neue Preissteigerung herbeiführen soll. Also Winterhilfe nicht für die Erwerbslosen — sondern für die Agrarier. Auch die inzwischen perfekt gewordene Rückvergütung an den Fleischerverband von 27 Pfennig auf je 30 Pfennig Verbilligung wirkt sich praktisch als Subvention aus.

Auch die angebliche Brotpreissenkung ist vorläufig noch eine durchaus un-

geklärte Angelegenheit. Abgesehen von ihrer allgemeinen Unzulänglichkeit, auf die wir bereits gestern hingewiesen haben, ergibt sich jetzt das Folgende: Der Preiskommissar muß, wenn die ganze Aktion überhaupt einen Sinn haben soll, zunächst dort einsetzen, wo — neben den hohen Zöllen — die Hauptursache für die überhöhten Preise zu suchen ist. Das ist die Handelsspanne, die im Bäckergewerbe in den verschiedenen deutschen Städten zwischen 12 und 24 Pfennigen schwankt. Wird aber hier eine grundsätzliche Vereinheitlichung getroffen, so ist damit zu rechnen, daß die am meisten betroffenen Bäckereien die jetzt gegebene Verbilligungszusage wieder zurückziehen werden.

Und am Ende ist es doch trotz aller verschiedenen Namen immer wieder dasselbe: die Arbeitslosen hungern, die Großagrarier werden subventioniert, und die Sozialdemokratie toleriert.



## Auslieferung der Gasversorgung an das Ruhrkapital?

# Die Doppelrolle der hessischen Sozialdemokratie

Die bisher kommunale Gasversorgung in Hessen bedarf dringend einer Neuorganisation. Um den künftigen Aufgaben auf diesem Gebiete gewachsen zu sein, haben sich vor wenigen Jahren unter Führung des hessischen Innenministeriums die hessischen Gemeinden, Kreise und Provinzen zu einer Hessischen Kommunalen Gasversorgungsgesellschaft (Hekoga) zusammengeschlossen. Der Zweck war, die Gasversorgung in Hessen in wenigen leistungsfähigen kommunalen Werken zusammenzufassen und diese Gruppengesellschaften untereinander zu verbinden. Von Anfang an bemühte sich jedoch die Ruhrgas-A.-G., die Hekoga für den Plan zu gewinnen, Gas von der Ruhr durch ein Fernleitungsnetz zu beziehen und die kommunalen Gaswerke in Hessen stillzulegen. Sie modifizierte diesen Plan später dahin, daß zur Sicherung der Gasversorgung eines der bestehenden Gaswerke in Hessen, und zwar das Mainzer Werk erhalten bleiben sollte. Die Ruhrgas machte jedoch zur Bedingung, daß dieses Werk an sie verpachtet werde. Ursprünglich leisteten insbesondere die sozialdemokratischen Gemeindevertreter in den größeren Städten und im Aufsichtsrat der Hekoga geschlossen den Plänen der Ruhr schärfsten Widerstand. Mehrere sozialdemokratische Gemeindevertreterkonferenzen in Hessen sprachen sich entsprechend den kommunalpolitischen Richtlinien der SPD gegen die Auslieferung der Gasversorgung an die Ruhr aus.

Die gerissenen Vertreter der Ruhr ließen aber kein Mittel unversucht, um ihre Pläne durchzusetzen. Es gelang ihnen, den Vorstand der Hekoga für sich zu gewinnen. Auf Drängen der sozialdemokratischen Aufsichtsratsmitglieder wurde jedoch der sozialdemokratische Bürgermeister Schulte von Worms in den Vorstand der Hekoga gewählt. Er sollte die Ruhrpläne abwehren helfen. Statt diese Aufgabe zu erfüllen, wurde er bald zu einem eifrigen Verfechter der Ruhrpläne, der nunmehr versuchte, auch die sozialdemokratischen Gemeindevertreter für die Ruhrpläne zu gewinnen. In die Ruhrverträge wurden eine Anzahl von Bestimmungen zum Schutz der Arbeiterinteressen eingebaut und nun glaubte man, mit Pauken und Trompeten für den Abschluß dieser Verträge eintreten zu können. In Artikeln in der bürgerlichen Presse wurde der Gesinnungswechsel des Bürgermeisters Schulte mit der Tatsache in Verbindung gebracht, daß der Schwiegervater Schultes vom Hekoga-Vorstand als Geschäftsführer mit einem Monatsgehalt von rund 1000 Mark eingestellt worden ist. Es kam hierüber zu Prozessen, in denen der angeklagte Artikelschreiber, der Direktor des Darmstädter Gaswerks Nuß, freigesprochen wurde. Das Gericht hielt zwar den unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Gesinnungswechsel Schultes und der Anstellung seines Schwiegervaters nicht für erwiesen, es gab aber nach der Meinung Ausdruck, daß Schulte nach der Bestellung seines Schwiegervaters als Geschäftsführer aus dem Vorstand der Hekoga hätte ausscheiden müssen. Herr Schulte ist aber noch heute Vorstandsmitglied der Hekoga, während der Ankläger, Herr Nuß, inzwischen aus seiner Stellung als Direktor des Darmstädter Gaswerks ausscheiden mußte.

Trotz der Beschlüsse der hessischen Parteiorganisation gegen die Auslieferung der Gasversorgung an die Ruhr, beschloß die Hekoga den Abschluß der Verträge mit der Ruhr. Zu diesen Verträgen gehörte jedoch auch der Pachtvertrag zwischen der Stadt Mainz und der Ruhrgas-A.-G. Dieser Vertrag konnte ohne Zustimmung des Mainzer Stadtrats nicht abgeschlossen werden. Die sozialdemokratische Stadtratsfraktion in Mainz kämpfte zunächst energisch gegen diesen Vertrag. Unmittelbar vor der endgültigen Entscheidung setzte sich jedoch der sozialdemokratische Innenminister Leuschner in einer Fraktions-sitzung energisch für den Abschluß des Vertrages ein, und er erreichte, daß die Mehrheit der Fraktion tatsächlich umfiel. So erzielte der Mainzer Stadtrat tatsächlich die Zustimmung zur Verpachtung des städtischen Gaswerks an die Ruhr.

So schienen mit sozialdemokratischer Hilfe die Verträge mit der Ruhr unter Dach und Fach und die Gasversorgung Hessens endgültig der Ruhr ausgeliefert. Niemand hat übrigens in der hessischen Sozialdemokratie gehandelt haben, als Disziplinbrecher zur Rechenschaft gehandelt haben, als Disziplinarverbrecher zur Rechenschaft gezogen.

Wenn trotzdem bis heute die Pläne der Ruhr noch nicht verwirklicht sind, so nur deshalb, weil inzwischen die Stadträte in Darmstadt und Worms sich nicht bereit erklärt haben, ihre Werke kurzerhand stillzulegen und Gas ausschließlich von der Ruhrgas AG. zu beziehen. Ferner hat sich die Hoffnung der Ruhr, nach dem Abschluß mit Hessen auch mit Frankfurt a. M. zu einem Vertragsabschluß zu kommen, nicht verwirklicht. Durch diese Fehlschläge und durch die Verschlechterung der Verhältnisse auf dem Kapitalmarkt ist das Interesse der Ruhr an der Ausführung der abgeschlossenen Verträge stark erkalte. Jedoch auch dem Hekoga-Vorstand verringert anreichte der ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung der

Mut, die übernommenen Risiken wirklich auf sich zu nehmen. Es wurde erneut zwischen den Vertragspartnern verhandelt.

Das Ergebnis der Verhandlungen war eine neue Abänderung der Ruhrpläne. Es soll nur ein Teil der Fernleitung von Siegen durch Oberhessen verlegt werden. Der Ausbau der Fernleitung durch ganz Hessen soll zurückgestellt werden. Im übrigen soll die Gasversorgung eines größeren Teiles von Hessen zunächst von Mainz aus erfolgen. Der Stadt Mainz wurde zu diesem Zwecke der Abschluß eines sogenannten Zwischenvertrages zugemutet, der wesentliche Ver-

schlechterungen gegenüber dem ursprünglichen Pachtvertrag für die Stadt vorsah. Dem Abschluß dieses Vertrages, der wiederum vom Hekoga-Vorstand befürwortet wurde, widersetzte sich jedoch der Mainzer Stadtrat. Er verlangte die Einholung eines Gutachtens darüber, ob nicht dasselbe finanzielle Ergebnis für die Stadt erzielt werden kann, wenn das Werk von der Stadt selbst weiter betrieben wird. Das Gutachten liegt jetzt vor. Es ist zwar den städtischen Körperschaften in Mainz immer noch nicht zugänglich gemacht. Es verlautet aber, daß die städtische Verwaltung trotz dieses Gutachtens sich für die Auslieferung des Mainzer Werks an die Ruhr einsetzt. In den nächsten Wochen wird es sich zeigen, ob die sozialdemokratische Stadtratsfraktion in Mainz die Verantwortung dafür auf sich nehmen will, daß nunmehr endgültig die Gasversorgung großer Teile Hessens dem Ruhrkapital in die Hand gespielt wird. Die Vertreter der SAP im Mainzer Stadtrat werden alles daran setzen, um die Ruhrpläne im letzten Moment noch zum Scheitern zu bringen.

## Vorstoß im rheinischen Braunkohlenrevier Knapsack gründet Ortsgruppen der SAP und des SJV

Am vergangenen Samstag ist in Knapsack eine Ortsgruppe der SAP gegründet worden. Der Genosse Schwarzkopf, Brühl, hielt ein ausführliches Referat über die Aufgaben der SAP. Seine Ausführungen wurden von der Versammlung mit Beifall aufgenommen und überzeugten die Anwesenden voll und ganz von der Richtigkeit der Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei.

Alle Anwesenden erklärten ihren Eintritt in die SAP.

Ein großer Teil trat von der SPD und dem Reichsbanner zur SAP über. Die neue Ortsgruppe ist heute schon mindestens ebenso stark wie die SPD-Ortsgruppe. Mit welcher Gehässigkeit von gewissen Leuten der SPD gegen die neue Gruppe gearbeitet wird, spottet jeder Beschreibung. Wir können die Nervosität dieser Leute verstehen. Sind doch nicht die schlechtesten Genossen zur SAP übergetreten. Heute aber sind das alles Lumpen und unsichere Kantonisten, denen man nie getraut hat, trotzdem man ihnen vorher alle möglichen Funktionen übertrug. Der Genosse Schäfer z. B. ist Unterbezirksleiter im Deutschen Freidenkerverband, Vorsitzender der Freien Wassersportvereinigung, war bisher Jugendleiter der SAJ und Berichterstatter der sozialdemokratischen Zeitung usw. Zweimal kandidierte er auf der SPD-Geneminderatsliste. Und heute? Da behauptet man, man habe ihm nie so recht in der SPD getraut.

Die besten Funktionäre des DFV, der Gewerkschaften und des Arbeitersports sind zu uns übergetreten.

Und jetzt entdeckt man plötzlich alle möglichen Fehler an ihnen, die man früher nie bemerkt hat.

Die SAP-Genossen der Ortsgruppe Knapsack werden alle diese Verleumdungen und Hetzereien ignorieren, getreu unserer Aufgabe die sozialistische Idee in den Vordergrund stellen und dafür sorgen, daß die SAP im Braunkohlenrevier weiter vorstößt und die Arbeiterschaft wieder Vertrauen zum Sozialismus erhält. Leider sind uns durch die neue Notverordnung größere Agitationsmöglichkeiten genommen. Aber trotzdem werden wir alles versuchen, um neue Anhänger zu gewinnen, und wir sind gewiß, daß die gute

Sache, die wir vertreten, bei der Arbeiterschaft auf fruchtbaren Boden fällt.

Der Vorstand, der gebildet wurde, setzt sich folgendermaßen zusammen: 1. Vorsitzender Karl Schäfer, Neue Kolonie 31; 2. Vorsitzender Christian Hardenberg, Höchststraße 15; 1. Schriftführer A. Sprung, Neue Kolonie 32; 2. Schriftführer Frau J. Mandt, Neue Kolonie 48; Kassierer Joh. Mandt, Neue Kolonie 48.

Die SAJ hat ihren Uebertritt zum SJV beschlossen.

90 Prozent der Jugendlichen verließen nach Verlesung einer Resolution, die den Uebertritt zum SJV zum Ausdruck brachte, das Jugendheim. Zurück blieben der 1. Vorsitzende und zwei Mädels. Mit Terror, Verleumdungen usw. wurde gegen die Ausgetretenen gearbeitet. Die Eltern wurden aufgesucht und bearbeitet. Es wurde mit Entzug der Arbeit gedroht und dergleichen mehr. (Sind doch einige Eltern abhängig als Zeitungsträger, Konsumangestellte usw.) Verschiedene Jugendliche wurden von ihren Eltern gezwungen (!) wieder der SAJ beizutreten. Man konnte dadurch den Mitgliederbestand wieder auf acht erhöhen. Die meisten davon sind mit dem Herzen bei uns. Auf dem Gründungsabend konnte die neue Gruppe schon 21 Mitglieder zählen. Genosse Neumann, der Bezirksvertreter der Jugend, hielt einen eingehenden Vortrag über die Ziele des SJV. Die Anwesenden folgten den Ausführungen mit Interesse, und die Jugend war begeistert, als sie hören konnte, daß im SJV die Arbeiten durchgeführt werden können, die man ihnen in der SAJ verwehrt hat. Die Jugend will teilnehmen am Geschehen der sozialistischen Arbeit und auch über tagespolitische Fragen orientiert sein. Genosse Neumann bewies durch seine Ausführungen, daß es möglich ist, die Jugend für sozialistische Politik zu begeistern. Die SJV-Ortsgruppe Knapsack wird in vier Wochen ihre Mitgliederzahl verdoppelt haben; sind doch die Aktivsten der Jugend zu uns gestoßen. Der Vorstand, alles bisherige Funktionäre und zum Teil Mitglieder der hiesigen SAJ, setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender: Emil Thumfard, Frankfurter Str. 146; 2. Vorsitzender: Hans Weil, Muserstr. 20; 1. Schriftführer: Herm. Linscheid, Neue Kolonie 7; 2. Schriftführer: Ferd. Heere, Neue Kolonie 54; Kassierer: H. Lamberts, Chemischer Weg 8.

## Hessenkonferenz der SJV

Am 18. d. Mts. tagten in Frankfurt im „Haus der Jugend“ die Vertreter der Ortsgruppen des Sozialistischen Jugendverbandes im Bezirk Hessen-Hessen-Nassau.

Die Berichte der einzelnen Ortsgruppen ließen erkennen, daß der Boden für unsere Bewegung in dieser alten Hochburg des Reformismus sehr günstig ist, obwohl der Freistaat Hessen und die Provinz Hessen-Nassau, abgesehen von einigen Industriezentren, eine rein ländliche Bevölkerung haben. In allen Gruppen wird schon fleißig gearbeitet, um neue Mitglieder zu gewinnen, sie politisch zu schulen und zu aktivieren. In dieser Arbeit wird uns in Zukunft neben dem Roten Pionier unser neugeschaffenes Bezirks-Mitteilungsblatt Roter Ruf ein wertvoller Helfer sein.

Nach Erledigung der organisatorischen Fragen wurde die Bezirksleitung gewählt. Die wichtigsten Funktionen wurden folgenden Genossen anvertraut: 1. Vorsitzender Willi Buch, Frankfurt a. M.; 2. Vorsitzender Hans Jahn, Darmstadt; Kassierer Willi Thomas, Frankfurt; Techn. Dienst Heinz Becher, Frankfurt; Vertreter im Bezirksausschuß der Partei Genosse Schütze, Mainz; Vertreter im Reichsausschuß Werner Pose, Frankfurt.

Mit dem Gesang der Internationale wurde die von zuversichtlicher Stimmung getragene Konferenz geschlossen. Unsere Aufgabe liegt klar vor uns. Wir haben nicht nur, wie es in der Arbeiter-Jugend heißt, „das politische Interesse zu wecken, das einschlägige Wissen zu vermitteln und zum politischen Denken zu

erziehen“, sondern darüber hinaus uns als proletarische Jugend in die vordeste Front des politischen Kampfes zu stellen. Die organisatorischen Voraussetzungen dafür sind geschaffen. Drum frisch an's Werk!

## Frankfurt a. M.

„Proletarische Weihnächten“ nennt die Freie Turnerschaft Nord ihr diesjähriges Winterfest, das sie, gemeinsam mit dem Volkstheater Westend, am zweiten Weihnachtsfeiertag, um 17 Uhr, im Hippodrom, veranstaltet. Aus dem reichhaltigen und kulturell hochstehenden Programm seien der Kinderchor, turnerische Vorführungen, Fluchtturnen, Gesangsdarbietungen sowie mehrere Massen-Bewegungsschöre erwähnt. Zwei Kapellen spielen zum Tanz auf. Der Eintritt ist der gegenwärtigen Lage angepaßt und beträgt 65 Pf., für Erwerbslose 40 Pf.

Kirchenaustritte Samstag, den 19. Dezember, zwischen 17 und 19 Uhr, im Büro des Freidenkerverbandes, Weserstr. 71. Ausweise mitbringen. Für Arbeitslose, Kurzarbeiter usw. kostenlos.

## Frankfurt a. M.-Praunheim

Einen gut gelungenen Kirchenaustrittsabend veranstaltete die hiesige Ortsgruppe des Deutschen Freidenkerverbandes. Der Vorsitzende der Frankfurter Ortsgruppe, Genosse Georg Keßler, hielt einen Vortrag mit Lichtbildern über das Thema: „Der Kampf der Kirche um ihre Existenz“. Durch einen anwesenden Notar wurden anschließend im Lokal von Bender-Schuch 40 Kirchenaustritte entgegen genommen. Dieser schöne

## Nazis und Zentrum

Ein Arbeiter, der der letzten Sitzung des Hessischen Landtages als Tribünenbesucher beigewohnt hat, berichtet uns über seine Eindrücke:

In der Sitzung des Hessischen Landtages vom 11. Dezember 1931 ist von den Nationalsozialisten ein Antrag auf Gewährung einer Winterbeihilfe für die Erwerbslosen gestellt worden, der alle anderen eingebrachten Anträge übertraf. Es ist im Verlauf der Debatte dem Abgeordneten der SAP und den Rednern der beiden kommunistischen Parteien ein leichtes gewesen, den Antrag der Nazis als ein elendes, demagogisches Scheinmanöver zu entlarven. Das dürfte dem klardenkenden und klassenbewußten Teil der Arbeiterschaft an sich nicht verwunderlich sein. Viel wichtiger und interessanter ist, klarzustellen, welche Rolle das Zentrum, nicht nur im Hessischen Landtag, spielt.

Die beiden Zentrumsredner, Heinstadt und Wesp, bemühten sich sehr stark, aber vergebens, den Abgeordneten der Linken beizubringen, daß Betteluppen, insbesondere, wenn sie von der Charitas verabreicht werden, am besten über den Notwinter hinweghelfen. Einer von ihnen kam dabei auch auf die Sozialversicherung zu sprechen. Dabei führte er aus, daß das Zentrum, und hauptsächlich der Arbeitsminister Stegerwald eifrigst bemüht seien, die Sozialversicherung der deutschen Arbeiterschaft zu erhalten. Den Herren vom Zentrum muß aber gesagt werden, daß sich Herr Stegerwald auch einmal anders geäußert hat, und zwar kurze Zeit nach dem Erlaß der Notverordnung vom 5. Juni 1931, mit der bekanntlich auch die Arbeitslosenunterstützung gesenkt wurde. Im „Bochumer Volksblatt“, einem Zentrumsorgan, stand damals zu lesen, daß sich Herr Stegerwald in einem Kreise seiner Parteifreunde folgendermaßen geäußert hat: „Wer heute nicht sieht, daß die Arbeitslosenversicherung als Versicherung in Zukunft nicht mehr aufrechterhalten werden kann, daß an ihre Stelle wieder die Erwerbslosenfürsorge, d. h. die veredelte Armenpflege, treten muß, wer das nicht sieht, der treibt Illusionspolitik.“

Das hat Herr Stegerwald vor einem halben Jahr gesagt, und heute stellen sich seine Vertreter im Hessenparlament hin, berufen sich auf Herrn Stegerwald und sagen, das Zentrum werde die Sozialversicherung schützen! Einerlei ob die hessischen Parteifreunde des Herrn Stegerwald diesen Anspruch ihres Ministers kennen oder nicht, verstehen kann man aber, daß sie darauf verzichteten, einen Antrag auf Winterbeihilfe für die Erwerbslosen zu stellen, dadurch, daß sie die Verabreichung von Betteluppen empfahlen, die „veredelte Armenpflege“, die Herr Stegerwald propagiert, in die Tat umsetzen.

Die Demagogie der Nazis wurde enthüllt. Es gilt aber jetzt den sozialdemokratischen Arbeitern zu zeigen, daß sie nicht beim Zentrum und bei anderen bürgerlichen Parteien ihre Bundesgenossen suchen dürfen, wie es ihre Führer getan haben, sondern daß sie Bundes- und Kampfgenossen nur zu suchen haben im Lager der proletarischen Klasse. „Die einheitliche Aktion der Arbeiterklasse wird den Faschismus überwinden!“ So wurde von den Rednern der Linken in dieser Landtagssitzung den Nazis zugerufen. Sie wird aber auch die Betteluppen des Zentrums überflüssig machen, denn nicht durch „veredelte Armenpflege“ wird die soziale Frage des Proletariats gelöst, sondern durch die revolutionäre Tat der Arbeiterklasse. G. K.

Erfolg konnte nur durch tatkräftiges Mitarbeiten unserer neugegründeten Ortsgruppe und der Jugendgruppe der SAP erzielt werden.

## Hanau

Mitgliederversammlung der SAP. Am vergangenen Freitag hielt die hiesige Ortsgruppe der SAP ihre erste Mitgliederversammlung ab, zu der auch Gäste geladen waren. Der Vorsitzende, Genosse Peter Gräbener, sprach über das Thema „Warum SAP?“ An die mit Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine lebhaft diskutierte Diskussion an, in der neben den Genossen Hartwig, Höhn, Ernst und von Groß auch ein als Gast anwesender Kommunist das Wort nahm, um die Politik der KPD zu verteidigen. Genosse Gräbener setzte sich in seinem Schlußwort über das kommunistische Diskussionsreferat über das Trennende zwischen KPD und SAP sachlich auseinander. Mit dem begeistert gesungenen Lied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ wurde die Versammlung geschlossen.

WERB T für die „SAZ“



# Feuilleton der SAZ

## Der Zuchthäusler

Von A. Hampel

In dem Eisenbahnabteil herrschte jene beständige Unruhe der Menschen der „Holzklasse“, denen weite Reisen noch als eine Sensation in Gliedern und Gesprächen fiebern. Mein Gegenüber, der in Station N. zugestiegen war, mochte vielleicht ein 35jähriger Mann sein. Wir fuhren an den großen Zechenanlagen des rheinischen Kohlenreviers vorüber, wo die Schornsteine in dichten Wäldern am Horizont auftauchen, beständig Ruß und Feuer ausspeien, um die ganze Landschaft wie mit einem grauen Leichentuch zu überdecken. Mein Nachbar sah unverwandt hinaus und begann, als der dicke Abendnebel ihn am Sehen verhinderte, zu mir zu reden:

„Gott sei Dank, nun brauche ich endlich hier nicht mehr zu schuften! Man ist mit Sechzig schon krank und schwindstüchtig und muß ins Armenhaus gehen.“

„Wohin wollen Sie denn fahren?“ frag ich. Und nun erzählte er mir, daß er heute morgen aus dem Zuchthause entlassen worden sei und versuchen wolle, irgendwo Arbeit und Brot zu finden. Er hoffe, nicht mehr in eine derartige Klemme zu geraten, die er mit Zuchthaus büßen müsse.

„Viel Glück“, rief ich ihm noch zum Abschied zu, und er reichte mir seine Hand, als glaube er felsenfest an seine Zukunft.

Zum zweiten Male kreuzte sich unser Weg in Berlin am Alexanderplatz. Er stand in unserer Arbeitsreihe und schaufelte mit uns Sand. Eine buntscheckige Gesellschaft hatte sich hier unter der Parole „Notstandsarbeit“ zusammengefunden. Stillschweigende Handwerker, Ungelehrte, Kaufleute und Akademiker, die ganze Skala einer ehemaligen gesellschaftlichen Schichtung, quälten sich vereint in ungewohnter oder gewohnter Arbeit. Die einstigen Rangstufungen waren durch die Not des Tages längst gefallen. Nur der „Schieber“ bewahrte in den üblichen Ledergamaschen, Lodenjoppe und aufgeballtem Filzhut mit fester Kommandostimme seine Vorgesetztenwürde. Ein Lastzug mit Sand nach dem andern rollte heran. Wir arbeiteten unentwegt mit krummem Rücken unter der Erde und füllten die Hohlräume über dem neu errichteten U-Bahntunnel mit Sand. Die Zuschüttungsstellen waren längst durch hohe Sandhaufen verschlossen, und wir mühten uns vergeblich, die Zugangsöffnungen wieder frei zu bekommen. Ein entsetzlicher Gestank erfüllte unser verschüttetes enges Arbeitsloch, denn unaufhörlich triefelten die großen Kanalisationsröhren von der nahen Markthalle den üblen Geruch von Kot, verfaultem Obst, Kohl und Heringssoßen. Die große Karbidlampe schwelte und schien uns die letzte Luft zu nehmen. Da erlosch plötzlich unsere Beleuchtung. Ein unglücklicher Schippenstoß hat den großen Karbidkessel umgeworfen. Wir standen im Dunklen. Irgend jemand versuchte die Be-

## Der Arbeitslose / Von A. Resso

(Frei nach Dehmels Vorkriegsodette „Der Arbeitsmann“, in dem dem Arbeiter nichts fehlt als Zeit.)

Mein Weib, mein Kind, wir haben Zeit, viel Zeit.  
Wir stempeln und wandern in Regen und Wind,  
uns fehlt nur eine Kleinigkeit  
um zufrieden zu sein, wie die Satten sind:  
Nur Arbeit!

Wenn wir durch die Straßen gehn,  
mein Weib,  
in Läden Delikatessen sehn,

leuchtung wieder in Gang zu bringen. Unvorsichtigerweise mußte er dabei mit dem brennenden Streichholz dem Karbidkessel zu nahe gekommen sein. Eine hohe Stichflamme schlägt auf und erleuchtet unsern gänzlich abgeschlossenen Arbeitsraum tageshell. Entsetzen liegt in aller Augen. Furcht lähmt die letzte Willenskraft. Wir kriechen mit abgewandten Gesichtern dicht beieinander in eine der freien Ecken, denn jeden Augenblick muß die Explosion der gefährlichen Mischung von Karbid und Wasser in dem Kessel erfolgen. Do löst sich plötzlich die kleine unteretzte Gestalt meines Bekannten aus dem Eisenbahncoupé von meiner Seite. Mit zusammengekniffenen Lippen, kalten ruhigen Blicks taucht er nun neben der drohenden Stichflamme auf. Er greift eine Schaufel und schaufelt, als sei gar nichts geschehen, Sand von dem großen Haufen, der uns den Ausgang versperrt, auf die Flamme, die immer weiter fröhlich. Wir schauen immer noch wie gelähmt, seinen und unseren Tod vor Augen. Da, wie ein Wunder, beginnt im letzten Augenblick der gewaltige Sandhaufen sich zu lösen, kommt ins Rutschen und verdeckt metertief den hellaufzischenden Karbidkessel. In wenigen Minuten, die uns wie eine Ewigkeit dünken, hatte sich dies alles abgespielt. Wir waren gerettet. . .

Ein Jahr später. Wir trafen uns per Zufall in einer jener typischen Berliner Bierkneipen, in denen ein dickbäuchiger Wirt verbindlich lächelnd nach dem Ergehen fragt, jede Meinungsäußerung bestätigend. Mein Bekannter reichte mir nur stumm die Hand und sagte:

„Na, da sind wir wohl beide wieder arbeitslos?“

„Ja, das stimmt.“

„Was nun?“

„Hungern...“

„Nee“, sagte er und blinzelte mit den Augen dazu. „Jeder Mensch hat doch das Recht zu leben. Gibt es uns die Saubande da oben nicht, dann muß man eben ein Ding drehen.“

„Und dann?“

und Luxus weit und breit;  
dann fehlen uns nur das bißchen Kleid,  
ganze Schuhe, warmes Essen.  
Läßt sich das vergessen  
bei soviel Zeit?

Viel Zeit! Wir wittern Donner und Blitz,  
wir Volk.

Nur eine kleine Spanne noch,  
Wir sprengen das Joch.  
Schluß mit dem Kapitalistenkram,  
der uns bezahlte Arbeit nahm;  
es ist Zeit, höchste Zeit!

„Schadet nichts, Hauptsache man lebt.“ Er schrie es. Aber überzeugend klang es nicht. Und nachdenklich — schien die Vergangenheit lebendig zu werden.

„Gib zu“, sagte ich, „wir sind doch jedesmal die Dummen. Am Ende eines „Dings“ steht das Zuchthaus — und im andern Falle der Hunger — —“

## Satanismus

In England . . .

Die englische Presse bringt in der letzten Zeit ausführliche Enthüllungen über geheime Gesellschaften von Satanisten in England, die, wie man bei dieser Gelegenheit erfährt, eine unheimliche Verbreitung haben. Das Zentrum der englischen Satanisten ist die Grafschaft Wales, wo sich heute noch uralte Ueberlieferungen aus heidnischen Zeiten erhalten haben. Die Bevölkerung lebt dort unter dem Zwang unzähliger Vorurteile. Vor kurzem z. B. wurde ein Bauer in Wales wahnsinnig, weil er vor dem bösen Blick Angst hatte. Die Satanisten haben die alten abergläubischen Sitten modernisiert. Nicht nur in den Städten von Wales, auch in kleineren Dörfern sind Vereine schwarzer Magier aus dem Boden gewachsen. In London sind die Tempel der Satanisten mit unerhörtem Luxus ausgestattet und werden besonders stark besucht von blasierten Vertretern der aristokratischen Gesellschaft, die an den wildesten Orgien teilnehmen.

. . . und in der Türkei

Auch in der modernen Türkei des „Reformators“ Kemal Pascha gibt es noch uralt-überlieferten Teufels- und Hexenglauben. Von einem tragischen Falle wird jetzt aus Bagdad berichtet. Ein neunzehnjähriger Schüler des Lyzeums erkrankte kürzlich an Typhus. Bei dieser Gelegenheit zeigten sich leichte Anzeichen von Geistesstörung. Die Mutter des Jungen war natürlich sofort davon überzeugt, der „Dschin“-Teufel habe ihren Sohn in seinen Krallen und brachte den Jungen daher zu einem „Weisen Manne“, dem Scheich Ibrahim,

der den vom Teufel Besessenen sofort einer Eisenbartkur unterzog. Er schlug mit einem Stocke auf ihn ein und überschüttete ihn mit heißem Wasser. Der arme Junge starb bald darauf an den Folgen dieser seltsamen Teufelsaustreibung.

## Bücher sollen billiger werden

Der Gesamtvorstand des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig hat angesichts des Erscheinens der 4. Notverordnung durch Rückfrage beim Reichswirtschaftsministerium festgestellt, daß Gegenstände des Buchhandels unter die 4. Notverordnung über die Anpassung gebundener Preise an die veränderte Wirtschaftslage fallen. Daraufhin hat der Gesamtvorstand festgestellt, daß Bücher, Musikalien und sonstige Erzeugnisse des Buchhandels, die vor dem 1. Juni in Deutschland erschienen sind, von reichsdeutschen Verlegern bis zum 1. Januar 1932 um mindestens 10 v. H. gegenüber dem Stand vom 30. Juni 1931 im Preis gesenkt werden müssen. Bis zum 31. Dezember 1931 gelten die zur Zeit bestehenden Ladenpreise, soweit nicht von seiten des Verlages schon jetzt eine Preisherabsetzung vorgenommen wird.

Bücher werden billiger — in einem Augenblick, in dem der Lebensstandard der breiten Massen so weit gesenkt wird, daß sie kaum noch Bücher kaufen können. Außerdem wäre, um eine wirkliche Verbilligung zu erzielen, neben der Senkung des Verlagspreises eine Herabminderung der Buchhandelsspanne erforderlich, die durchschnittlich 40 Prozent des Preises ausmacht.

## Kleines Feuilleton

Schnecken prüfen verseuchtes Wasser.

Ebenso wie Kanarienvögel sehr empfindlich gegen die in den Bergwerken entstehenden Giftgase sind und daher manchmal als „Luftprüfer“ verwendet werden, reagieren Wasserschnecken sehr schnell auf Verunreinigungen eines Gewässers. Nun sind viele der amerikanischen Mineralgräber während ihrer Arbeit und auf ihren weiten einsamen Wanderungen auf das Wasser, das in Wasserlöchern oder Tümpeln auftritt, angewiesen, doch enthält dieses Wasser krankheitsregende Bakterien oder giftige Mineralbeimischungen. Um sich also zu vergewissern, ob ein Wasser trinkbar ist oder nicht, nehmen die Leute auf ihren Zügen immer auch Wasserschnecken mit und setzen, wenn sie auf zweifelhaftes Wasser treffen, eine Schnecke in ein mit diesem Wasser gefülltes Glas. Bleibt die Schnecke länger als eine halbe Stunde am Leben, so ist dies ein sicherer Beweis, daß das Wasser trinkbar ist.

## Die in ihre Hände fallen...!

ROMAN von JUSTIN RICHTER

(Copyright by Ullstein-Verlag Rudolstadt)

26. Fortsetzung

„Und wenn Sie gefragt werden, woher Sie überhaupt gewußt haben, daß es ein Jugendamt gibt, was werden Sie dann sagen?“

„Dann werde ich sagen, ich habe dem Herrn Pfarrer gebeichtet, daß ich die Unsittlichkeiten bei meinen Nachbarn nicht mehr mit ansehen kann und daß mir der Herr Pfarrer in der Beichte gesagt hat, es ist Pflicht eines jeden Christenmenschen, in so einem Fall das Jugendamt zu verständigen. Der Herr Pfarrer, werde ich sagen, hat mir den Zettel mit der Adresse des Jugendamtes geschrieben. Da kann niemals etwas herauskommen. Wissen Sie, den Herrn Pfarrer darf man doch nicht fragen, wegen dem Beichtgeheimnis.“

„Ausgezeichnet“, lobt Hammer. „Wahrscheinlich werden Sie auch gefragt, aus welchem Grunde Sie eigentlich die Anzeige gemacht haben, dann müssen Sie sagen, weil Sie selbst Mutter von drei Kindern sind und deshalb die fremden Kinder ebensowenig verwahrlosen lassen wollen, wie ihre eigenen Kinder. Das wirkt glänzend, das hat sogar das Vormundschaftsgericht in seinem Beschluß geschrieben. Wollen Sie mir das versprechen?“

„Ich schwöre es.“

„Und wenn Sie gefragt werden, ob ich überhaupt jemals mit Ihnen über die Wehners und über die Verwahrlosung gesprochen habe, so dürfen Sie das nicht zugeben, dann müssen Sie unter Eid aussagen, daß wir überhaupt niemals miteinander noch gesprochen haben, daß Sie immer nur guten Tag, Herr Kommissär, sagen, und daß ich guten Tag, Frau Bader, sage und daß wir sonst überhaupt noch niemals ein Wort miteinander gewechselt haben. Wollen Sie es mir versprechen?“

„Ich verspreche es, aber jetzt müssen Sie mir auch sagen, was Sie für einen neuen Plan haben.“

„Der ist ganz absolut sicher. Sehen Sie

her, mit der Großen ist es nichts gewesen. Mit der Schwester war's auch nichts. Jetzt gehen wir gegen das Kind von der Großen. Da müssen wir ganz unbedingt mit durchkommen. Das Kind ist unehelich; und gegen uneheliche Kinder kann man alles machen. Die sind schon verwahrlost, bevor sie geboren werden. Das glaubt einem jedes Gericht. Wir gehen also gegen das Kind.“

„Fein“, sagte Frau Bader, „und wird sie dann wegen Verwahrlosung von ihrem unehelichen Kind gefesselt?“

„Noch viel schlimmer“, war die Antwort, „mit anderen solchen wird sie zusammengeschlossen und im Gefangenenauto fortgeschafft.“

„Dann gehe ich für Sie durchs Feuer“, versicherte Frau Bader.

„Wir sind also einig“, schloß Hammer die Unterredung, „und Sie wissen genau, was Sie auszusagen haben.“

„Genau, aber wie lange dauert's denn noch, bis wir gegen das Kind gehen können?“

„Jetzt ist's noch zu klein, jetzt haben die beim Gericht noch kein Verständnis dafür“, meinte Hammer, „aber in ein paar Jahren, da gelingt's ganz bestimmt.“

„Wenn ich's nur noch erlebe“, wünschte sich Frau Bader. „Aber“, setzte sie hinzu, „Sie vertragen mich immer auf später; immer soll ich warten, und dabei hat die da drunten jetzt ganz neue Vorhänge an ihren Fenstern aus schwerer Seide, und eine ganz neue Zimmereinrichtung hat sie bekommen von dem Geyer, und ihr Kind hat die schönsten Spielsachen, die es überhaupt gibt, und Kleider hat das Kind, daß man meint, es wäre eine Prinzessin, und das soll ich alles mit ansehen, und auch noch warten. Das können Sie von mir nicht verlangen. Das mit dem Kind in ein paar Jahren ist mir ja ganz recht, aber gegen das Frauenzimmer muß schon früher

etwas geschehen, dafür sind Sie bei der Kriminalpolizei. Dafür zahlen wir unsere Steuern, daß wir eine Kriminalpolizei haben, die gegen solche vorgeht, Sie müssen sich nur richtig besinnen, dann wird Ihnen schon etwas einfallen, es gibt doch so viele Paragraphen, da muß doch auch einer dabei sein, mit dem man die packen kann.“

„Ja, ja“, antwortete Hammer sinnend, „man sollte es wirklich meinen. Ich werde den Fall noch einmal durchstudieren. Ein gewiegter Kriminalist muß immer etwas finden. Warten Sie einmal, ich werde mich gleich an das Studium machen.“

Mit diesen Worten zog er die Schublade seines Tisches auf und holte ein kleines, abgegriffenes Buch heraus. „Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich“ stand auf dem Umschlag. Mit wichtigtuender Miene, durchdrungen von der Größe und der Schwierigkeit seiner Aufgabe, setzte er sich an den Tisch, stützte den Kopf auf den linken Arm und begann in dem Buch zu blättern: „Hochverrat ist nichts“, murmelte er während des Blätterns, . . . Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung . . . da könnte vielleicht etwas dabei sein, Hausfriedensbruch . . . Landfriedensbruch geht nicht, . . . Aufreizung zum Klassenhaß, das könnte vielleicht etwas sein, reizt sie nicht zum Klassenhaß auf, wenn sie neue Vorhänge hat, aber nein . . . „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise“, das kann man schließlich nicht sagen, also weiter . . . Münzverbrechen, da kann man nichts machen, . . . Meineid, das wäre ja etwas, wenn man sie einmal zum Schwören bringen könnte, das kann man vielleicht später machen, wenn die Sache mit dem Kind in Gang kommt, . . . Verbrechen gegen die Sittlichkeit, da muß etwas dabei sein, . . . nein, auch nichts, Kuppelei, da haben wir ja schon probiert, das geht nicht zum zweitenmal . . . also weiter.“

Immer nervöser wurde er beim Blättern. Sein Kopf war ganz rot geworden vor lauter Eifer. Auf einmal fuhr er auf:

„Ich hab's, warum bin ich denn nicht gleich darauf gekommen. Das ist so schön wie Gewerbsunzucht, das kann man auch immer sagen, das kann man genau so wenig nachprüfen wie die gewerbsmäßige Unzucht.“

„Was denn?“ fragte Frau Bader ungeduldig, „so sagen Sie doch.“

„Abtreibung“, erwiderte Hammer voller Stolz, „Abtreibung der Leibesfrucht. Das ist ein feines Delikt, wird schwer bestraft und man kann es von jeder Frau sagen.“

„Ich hab's doch gewußt, daß Sie ein großer Kriminalist sind“, sagte Frau Bader sehr befriedigt, „jetzt haben wir endlich das Richtige, da braucht man nicht erst ein paar Jahre zu warten, das geht jeden Tag. Selbstverständlich treibt sie ab, jeden Tag treibt sie ab, haben Sie's denn noch nicht bemerkt? Bald ist sie dick, bald ist sie dünn, das kommt alles von der Abtreibung. Unlängst habe ich erst durch die Wand gehört, wie sie zu ihrer Schwester gesagt hat, alle Kleider sind mir zu weit geworden, ich muß alles enger machen lassen, und ich habe auch schon gehört, wie sie gesagt hat, alle Kleider sind mir zu eng, ich komme gar nicht mehr hinein, das kommt alles von der Abtreibung. Da können wir sie jetzt gleich anzeigen. In der vorigen Woche hat sie einmal gestöhnt, daß ich's bis in mein Zimmer gehört habe; zu ihrer Schwester hat sie gesagt, sie hätte wieder Gallenschmerzen. Das war natürlich Schwindel, das war die Abtreibung. Gleich morgen machen wir die Anzeige. Diesmal fliegt sie ganz bestimmt rein. Ich beschwöre alles.“

„Damit ist der Tatbestand erfüllt, wie wir Kriminalisten zu sagen pflegen“, erwiderte Hammer ganz begeistert, „Sie sind nicht nur eine anständige Frau, Frau Bader, Sie sind auch eine gescheite Frau. An Ihnen ist ein Kriminalist verloren gegangen. Wenn Sie Kriminalbeamter geworden wären, so würden Sie genau so Phänomene leisten wie ich. Man spricht ja immer davon, daß demnächst weibliche Kriminalbeamte eingeführt werden, dann werde ich Ihnen eine ganz hohe Stelle verschaffen.“

Stolz und geschmeichelt stand Frau Bader vor ihrem Gönner.

Tief gerührt schauten sich die beiden Verschworenen in die Augen. Es war ein feierlicher Augenblick, als sie sich zur Bekräftigung ihres Bündnisses die Hände schüttelten.

E n d e.



# SAP Der tägliche Vormarsch

In Sachsen geht es weiter!

In Heidenau ist das erste Hundert Mitglieder voll. In der letzten Mitgliederversammlung konnte über 101 Mitglieder berichtet werden. Auch der Schutzbund marschiert.

In dem Walddorf Morgenröthe im Vogtland wurde eine Schutzbundgruppe gegründet. 28 Mann traten sofort bei.

In Freiberg versuchten führende SPD-Mitglieder unter Anwendung nationalsozialistischer Methoden eine SAP-Versammlung zu sprengen. Der Versuch mißlang, die Versammlung nahm einen glänzenden Verlauf, zahlreiche Neuaufnahmen sind zu verzeichnen.

Auch im Rheinland marschieren wir

In Knapsack im rheinischen Braunkohlenrevier sind Ortsgruppen der SAP und des SJV gegründet. Die SAP-Gruppe ist schon heute so stark wie die der SPD. Aus der SAJ gingen 90 Prozent der Genossen zum SJV über.

In Dölingen-Ohlgs wurde eine Schutzbundgruppe gegründet, die mehr Mitglieder aufweist als das Reichsbanner. Von der SAJ gingen alle bis auf 4 Genossen zum SJV über.

## Kammersieg Lavals

Abdeckung der Sterling-Verluste genehmigt.

Paris, 15. Dezember.

Die Kammer hat den Gesetzentwurf über die Abdeckung der Pfund Sterling-Verluste der Bank von Frankreich um 2 Uhr 10 früh französischer Zeit mit 321 gegen 269 Stimmen angenommen.

\*

Auch in Frankreich handelt es sich um eine Art „Sozialisierung der Verluste“. Diese betragen bei der Bank von Frankreich rund 2½ Milliarden Francs, also etwa 400 Millionen Reichsmark. Die Linke, das heißt die Radikalen und Sozialisten polemisierten heftig gegen diese Methode, die ein Regime der Willkür an die Stelle eines Regimes des Rechts zu setzen scheine. Vor allem wird gewarnt vor der Schaffung eines Präzedenzfalles, da der Staat auch die neuen Verluste tragen müsse, wenn sich die englische Währung weiter verschlechterte. Von sozialistischer Seite wird vor allem betont, daß die Devisenpolitik der Bank von Frankreich einer verschleierte Inflation gleichkomme. Sämtliche Preise hätten bereits um 20 Prozent angezogen.

Der Finanzminister Flandin begründete die Devisenpolitik vor allen Dingen damit, daß die Mehrzuführung von Gold zur Abdeckung der Devisen Frankreich dem Vorwurf ausgesetzt hätte, eine engherzige, egoistische Politik zu treiben. Frankreich aber treibe eine Politik internationaler Solidarität, von der man so viel rede, die man aber so selten sehe. Zum Schluß setzte sich der Finanzminister ausdrücklich für den Goldstandard als der Grundzüge jedes Währungssystems ein.

## Keine Schuldzahlung an USA

Paris, 15. Dezember.

Nach einer Agenturmeldung aus Washington hat die französische Regierung der amerikanischen Regierung mitgeteilt, daß sie infolge des Hoover-Moratoriums die am 15. Dezember fälligen 19 610 000 Dollar nach dem französisch-amerikanischen Schuldenabkommen nicht bezahlen werde.

## Inflation in Oesterreich

Wien, 14. Dezember.

Mit Genehmigung des Ministerrates wird sofort mit der Ausprägung von 500 000 Doppelschillingen begonnen, die zum Teil das Bild Goethes, zum Teil das Bild Haydna tragen werden. Sie werden im Jahre 1932 ausgegeben.

Der Ministerrat hat ferner die drei Kreditanstalt-Gesetze genehmigt. Sie werden morgen dem Nationalrat vorgelegt werden.

Die Ausgabe neuer Münzen im Nennwert von einer Million Schillingen ist eine ganz eindeutige Inflationsmaßnahme.

## Azanas Kabinettsbildung gescheitert

Die Lerroux-Radikalen lehnen ab

Madrid, 15. Dezember.

Nachdem die radikalrepublikanische Partei unter Vorsitz ihres Führers, Lerroux am Dienstag vormittag beschlossen hat, in die von Azana vorgeschlagene Regierung nicht einzutreten, hat sich dieser zum Staatspräsidenten begeben, um ihn zu bitten, den Auftrag zur Regierungsbildung zurückzunehmen.

In den Nachmittagsstunden wird der Staatspräsident neue Verhandlungen mit den Parteiführern abhalten. Voraussichtlich wird Azana wieder beauftragt werden und dann ein reines Linkskabinetts aus Sozialdemokraten, Radikalsocialisten, Linkskatalanen und seiner eigenen Gruppe bilden, unter Ausschluß der Radikalen von Lerroux.

Groener läßt sich interviewen über:

# Das friedliche, waffenlose Deutschland

Die ändern sollen abrüsten

Der Reichswehrminister Groener, nicht zu verwechseln mit dem weniger bekannten Reichsinnenminister gleichen Namens, hat sich auch interviewen lassen, wie es jetzt große Mode ist. Eine Art Reichstagersatz. Worüber wird ein Kriegsminister sprechen, wenn nicht über Rüstungen? Der Reichswehrminister bewies in diesem Interview haarscharf, was bekanntlich das ganze In- und Ausland längst weiß, daß Deutschland das friedlichste Land der Welt ist, daß sein Kriegspotential, d. h. seine unausgeschöpften Möglichkeiten für die Kriegsführung gleich Null ist. Es gibt nämlich böse Ausländer (es soll sogar auch derartige Volksgenossen geben, aber das sind „Staatsverleumder“ und Galgenstricke), ja es gibt nämlich böse Ausländer, die da meinen, die chemische Industrie, die gewalttätige Schwerindustrie, der Flugzeugpark usw., all das ließe sich im Ernstfall schnellstens auf die Kriegsbedürfnisse umstellen und dann könnte das arme abgerüstete Deutschland plötzlich wehrhafter sein als viele seiner Nachbarn.

Das aber, so sagt der Herr Reichswehrminister, ist Unsinn. Wir haben nichts und wir können nichts. Und die Wehrverbände verschiedensten Namens — das sind doch ganz harmlose Sportorganisationen, „und ihre Bestrebungen zur Jugendertüchtigung haben mit soldatischer Ausbildung nichts zu tun“. Wer es nicht glaubt, zahlt einen Taler, sofern das Reichsgericht nicht eine höhere Strafe als verwirkt ansieht. Man kann diese Wehrverbände weder zu außenpolitischen noch zu innenpolitischen Zwecken mobilisieren. Sie haben ja keine Waffen und die Reichswehr hat auch nur eine Garnitur, wie das ja vertraglich vorgeschrieben ist — kurz und gut, es ist alles in Butter, sagt Herr Groener. Und was einzig und allein nicht in Ordnung ist, das ist die chwerbewaffnung der anderen. Also schließt Herr Groener: weg damit bei den ändern, damit das Spiel gleich wird. Denn

„es gibt keine Lösung der Sicherheitsfrage, solange Deutschland den Gefahren der übermächtigen Offensivrüstung seiner Nachbarn ausgesetzt ist. „Sicherheit durch Abrüstung“ und nicht „Erst Sicherheit, dann Abrüstung“ heißt die Parole für die Abrüstungskonferenz von 1932 und für die Gesundung der Welt in wirtschaftlicher, politischer und moralischer Hinsicht.“

So schloß der Herr Reichswehrminister das denkwürdige Interview mit dem Vertreter eines amerikanischen Korrespondenzbüros. Und da wird den anderen Mächten ja nun nichts mehr übrig bleiben, als sich dieser freundlichen Anregung zu fügen, sonst wird der Reichswehrminister böse werden und es durch seinen Kollegen vom Reichsinnenministerium seinem anderen Kollegen vom Reichsaußenministerium sage und dann sollt ihr mal sehen was passiert!

## Nation über Internationale

Auch die Sozialdemokraten in der Anti-Reparationsfront.

Der Drang nach „nationaler Honorigkeit“ hat die Sozialdemokratie seit 1914 nicht mehr verlassen. All ihre Taten stehen unter dem Zeichen: Nation über Internationale. So kann es nicht wunder nehmen, muß aber doch festgehalten werden, daß der Abgeordnete Keil im Haushaltsausschuß des Reichstags als Vertreter der Sozialdemokratie erklären konnte, ohne desavouiert zu werden,

daß jetzt eigentlich die Zeit gekommen wäre, wo der Reichstag in würdiger, entschiedener und unzweideutiger Form eine Kundgebung an die Welt richten müßte, daß eine

Weiterzahlung der Reparationen für Deutschland unmöglich

sei. Es zeige den ganzen Tiefstand des innerpolitischen Niveaus in Deutschland, daß solch würdige Kundgebung des Parlaments im entscheidenden Moment, wo Deutschlands Schicksal zur Sprache stehe, nicht möglich sei, weil einzelne Parteien lieber ihre Partei-suppe kochen wollten, als auf das Wohl des Vaterlandes zu sehen.

Da sind wir also wieder bei der Stimmung von 1914, wie wirs in diesen Tagen schon öfter feststellen mußten. Gewerkschaftsführung, Reichsbanner und nun Sozialdemokratie. Der Ring schließt sich. Vergessen sind alle Beschlüsse der internationalen Konferenzen. Der Feind — das ist wieder „der“ Franzose. „Genosse“ — das Wort ist standesgemäß nur noch in der Verbindung „Volks-genosse“. Und „Volksgenossen“ — das sind die Thyssen und Vöglers, die Strauß und Göbbels, die Schiele und Brüning, nicht sind es die französischen oder polnischen Proletarier. Es wird Zeit, daß die deutschen Proleten merken, welch unheilvolles Spiel mit ihnen getrieben wird. Eins kommt

zum ändern, furchtbar wird das Ende, wenn nicht von den sozialdemokratischen Massen Einhalt geboten wird.

## SPD feiert freiwilligen Arbeitsdienst

Alle Taten haben ihre eigene Logik. Wir erleben es jeden Tag, daß z. B. die Sozialdemokratie aus dem Kreis des faulen Zaubers ihrer Koalitions- und Tolerierungspolitik einfach nicht mehr heraus kann. Wie vollständig abgewandt sie aber heute schon von dem wahren Interesse der Arbeiterschaft ist, erkennt man manchmal an Kleinigkeiten noch besser als an großen politischen Sünden.

In der illustrierten Beilage des „Vorwärts“ wie der sozialdemokratischen Presse überhaupt, in der letzten Nummer von „Volk und Zeit“, datiert vom 13. Dezember, findet man zwei Bilder, deren Titel lautet: „Reichsbanner leistet freiwilligen Arbeitsdienst.“ Kein Wort der Kritik, im Gegenteil, die weitere Unterschrift bedeutet eine Lobeshymne auf die „arbeitswilligen“ armen Proleten, die ahnungslos in eine der Fallen des Nationalsozialismus hineingeführt worden sind.

Was der „freiwillige Arbeitsdienst“ bedeutet, das wissen wir. Wissen, daß er die Vorstufe ist zu der vom Kapital erstrebten Arbeitdienstpflicht zur Versklavung des Proletariats, zu seiner Degradierung zum Kuli des Kapitals und zu seiner Erziehung zum Kanonenfutter in dem künftigen Krieg. Wir wissen, daß dieser „freiwillige Arbeitsdienst“ u. a. von Leipziger Studenten im Oaten geleistet wird, daß damals die „nationalen“ Blätter ausdrücklich betonten, daß damit „nationale“ Zwecke, daß damit Kampf gegen Polen beabsichtigt ist.

Und zu all dem schweigt die sozialdemokratische Presse nicht nur nicht, sie fördert diesen unheilvollen Kurs, weil sie schon so tief im nationalen Lager steckt, daß ihr jedes Unterscheidungsvermögen abhanden gekommen ist. Diese völlige Abwesenheit proletarischen Empfindens ist ungleich schlimmer als ein nackter Verrat, der gewiß nicht beabsichtigt ist. Aber Verrat entlarvt sich von selbst. Die Uebernahme und Verbreitung der Ideologie des Klassenegners ist ein fressendes Gift, das zu unheilvollem Siech im der Arbeiterklasse führen muß.

## Starhemberg will seinen Putsch

Er sagt, er hat keine Zeit mehr!

Während noch in Graz die Verhandlungen gegen den Putschisten Pfrimer laufen — es ist allerdings weniger Gericht als Posse — sammeln sich in Wien die Heimwehler und erklären in aller Gemütlichkeit und Gemütsruhe, daß sie unbedingt putschen wollen. Der Häuptling Starhemberg, der Hitler österreichischer Abart, sagt, daß er keine Zeit mehr hat. Er will und muß „seine“ Revolution haben.

Der Ruf nach Revolution, so meint er, hat bei manchen Leuten Furcht erregt, weil sie sich unter Revolution Zerstörung und Vernichtung vorstellen. Unsere Revolution ist aber notwendig, denn wir wollen beseitigen, was uns an der Rettung der Volkes hindert. Wir sind fest entschlossen, die ganze volksfeindliche und volkschädigende Richtung restlos zu beseitigen. An die Stelle der Pseudodemokratie soll die Diktatur des Heimatschutzes treten. Zum Schluß erklärte der Bundesführer, daß sich die Heimwehr bei dem entscheidenden Schlag von niemand stören lassen werde, insbesondere nicht von den Nationalsozialisten, „die“, wie er sagte, „uns hindern wollen, indem sie eine Lösung im heutigen Oesterreich für unmöglich erklären. Wir können aber nicht warten, bis in Deutschland eine „nationale“ Regierung kommt. Dazu haben wir keine Zeit.“

Das ist gewiß mehr Geschrei als Willen, ist in seiner Naivität beinahe entwaffnend und es wird sicherlich in Oesterreich nicht so heiß gegessen, wie es da gekocht wird, und doch zeigt die Unverfrorenheit, mit der dieser Heldenjüngling und seine Freunde sich zum Putschismus bekennen und „ihre Revolution“ wie ein Theaterstück ankündigen, daß sie mächtige Gönner hinter sich haben müssen, und zwar nicht nur Herrn Seipel, sondern sicherlich auch staatsverantwortliche Personen.

## Fröcher Putschist

Pfrimer-Prozeß begonnen

Graz, 14. Dezember

Gleich zu Beginn des heute eröffneten Prozesses gegen die Heimwehrputschisten wurde der Hauptangeklagte Dr. Pfrimer vernommen. Dr. Pfrimer bekennt sich des Hochverrats nicht schuldig. Er sei der Ansicht, daß Hochverrat in Oesterreich nur begangen werden könne, wenn die Verfassung selbst legal und legitim wäre. (!) Dies sei jedoch seiner Meinung nach deshalb nicht der Fall, weil der frühere Kaiser Karl bei seiner Abdankung die Entscheidung über die Staatsform dem deutsch-österreichischen Volke übertragen habe, das Volk aber nie darüber befragt worden sei, welche Staatsform es wünsche. Er

stehe ferner auf dem Standpunkt, daß die gesetzlichen Bestimmungen, die gegen ihn in Anwendung gebracht werden sollen, überholt seien und nicht mehr angewendet werden können.

## Aufgegebener Goldstandard

Der New Yorker Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, daß das Abgehen Japans vom Goldstandard wegen der Rückwirkung auf die Währungen der übrigen Länder und auf die amerikanische Ausfuhr nach Japan in Amerika starke Beunruhigung hervorgerufen habe. Der japanische Schritt werde als eine Auflehnung gegen die Deflationswirkungen angesehen, die sich aus der Aufrechterhaltung des Goldstandards unter den heutigen Verhältnissen ergeben. Man glaube, daß Kanada das nächste Land sein werde, das den Goldstandard verlassen müsse. Der kanadische Ministerpräsident Bennett habe jedoch die in New York umlaufenden Gerüchte in Abrede gestellt und erklärt, die Angelegenheit sei seit seiner Rückkehr aus England überhaupt nicht erörtert worden.

In Südafrika ist die ministerielle Presse, die letzthin die Möglichkeit der südafrikanischen Ausfuhr von Wolle und anderen Rohmaterialien nach Japan stark betonte, enttäuscht. Der Einfluß der Kreise, die sich für das Abgehen Südafrikas vom Goldstandard einsetzen, hat zugenommen.

In Australien wird befürchtet, daß die Bedeutung Japans als Käufer von australischer Wolle zurückgehen werde.

Die Baumwollspinner in Bombay sind über die Entscheidung Japans erregt und befürchten eine sehr ungünstige Rückwirkung auf ihre Industrie. Der Vorsitzende der Spinnereivereinigung fordert von der indischen Regierung die sofortige Erhebung von Anti-Dumpingzöllen.

## Auch Holland?

London, 15. Dezember.

In diplomatischen Kreisen des Haag, so meldet der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, rechnet man mit ersten Rückwirkungen der jetzigen wirtschaftlichen Vorgänge auf den holländischen Handel, insbesondere in Holländisch-Ostindien, und glaubt, daß Holland möglicherweise dem Beispiel Japans folgen und den Goldstandard verlassen müsse. Dies werde wieder starke Rückwirkungen auf Südafrika haben.

## Kanton-Partei soll regieren

Tschiangkajschek bleibt als Generalissimus

London, 15. Dezember.

Aus Schanghai wird gemeldet, daß aus der Finanzminister Soong, der Schwager Tschiangkajscheks, zurücktreten werde. Die Abdankung Tschiangkajscheks — deren amtliche Bestätigung noch immer aussteht — ist zum großen Teil auf den Einfluß der Kantonregierung zurückzuführen. Die Regierungsgeschäfte werden voraussichtlich vorübergehend von Lingsen, einem Mitglied der Kuomintang-Partei, und dem Chef des gesetzgebenden Rates geführt werden. Die neue Regierung soll hauptsächlich von Mitgliedern der bisherigen Kanton-Partei gebildet werden. Als Finanzminister wird Sunfo, als Außenminister Wu oder Eugen Tschien genannt.

In Schanghai wird angenommen, daß Tschiangkajschek seinen Posten als Generalissimus jedenfalls beibehalten wird.

Die Sieg der Kanton-Partei ist als Sieg der Linken in der Kuomintang anzusehen. Bleibt aber Tschiangkajschek, wie gemeldet wird, weiter oberster Kriegsherr, so wird die Bedeutung dieser Regierungsumwandlung wesentlich abgeschwächt.

## Chinesische Studenten stürmen Außenministerium

Nanking, 15. Dezember

600 Studenten, die aus Peking kamen, gaben heute ihrer Unzufriedenheit mit der Haltung der chinesischen Vertreter in den Verhandlungen über die mandchurische Frage dadurch Ausdruck,

daß sie das hiesige Außenministerium stürmten und demolierten.

Sie wandten sich hierauf zum Sitze der Parteizentrale, wo sie die Fensterscheiben einschlugen. Die zum Schutze herbeieilende Polizei wurde von ihnen entworfen. Danach gingen sie zum Angriff gegen den Präsidenten der Provinzialregierung von Kwantung, Tschienmingshu, der provisorisch die Geschäfte Tschiangkajscheks führt, über und belagern zur Stunde noch immer das Regierungsgebäude, in dem auch die Führer der Parteien versammelt sind.

## Sie morden!

Moskau, 15. Dezember.

Nach einer Meldung aus Kirin verurteilte das japanische Feldgericht vier koreanische Kommunisten zum Tode wegen Spionage und Sabotage in der Mandchurien. Die Todesurteile wurden heute vollstreckt.

Die verbotenen Berliner Zeitungen erscheinen jetzt mit Ausnahme des jetzt erst verbotenen „Syndikalist“ alle wieder.



# Sportschau der SAZ

## Der Sportsonntag in Hessen und Hessen-Nassau

Am vergangenen Sonntag wurden im 9. Kreis die Gruppenmeisterschaftsspiele regulär beendet; dennoch sind erst zwei von vier Meistern ermittelt. Erst am nächsten Sonntag wird durch verschiedene nachzuholende Spiele endgültige Klärung bringen.

In Gruppe I konnte der Meister Naunheim den Tabellen dritten Niederflorstadt knapp 2:1 bezwingen, der dadurch auf den 5. Platz zurückfällt. Erbstadt spielte in Eichen gegen Wiesbeck nur 2:2, ist aber nun endgültig Zweiter. Heuchelheim schlug Dorheim 4:2 und Niederwöllstadt hatte wenig Mühe, den Tabellenletzten Schwalheim 4:0 abzufertigen.

In Gruppe II braucht VfL 13 Frankfurt aus seinen zwei restlichen Spielen nur noch einen Punkt zu holen, um Meister zu werden; am Sonntag schlug er Bischofsheim mit 3:2. Niederoden, stark in Abstiegsgefahr schwebend, nahm Heusenstamm sicher mit 4:1 die Punkte ab. Westend-Frankfurt hatte Mühe, den Tabellenletzten Vorwärts-Frankfurt auf dessen Platz 3:2 zu schlagen. Bürgel und Weiskirchen teilten sich mit 0:0 in die Punkte.

Die Abstiegsfrage wurde in Gruppe III endgültig geklärt: VfR. Wiesbaden verlor in Neu-Isenburg 1:4 und steigt dadurch mit Mainz-Mombach ab. Der Meister Frankfurt-Bockenheim schlug Raunheim überraschend hoch mit 5:1 aus dem Felde. Vilbel bezwang Rüsselsheim knapp 2:1.

In Gruppe IV sind Engelbachs Meisterschaftschancen nach seinem 1:0-Erfolg über den vorjährigen Kreismeister Urberach stark gestiegen. Dietzenbach rückt durch ein 4:1 gegen Würfelden auf den 3. Platz. Erbach konnte sich in Arheilgen mit 3:1 erfolgreich durchsetzen.

Um die Meisterschaft des I. Bezirks trafen sich in einem dritten Spiel Pfungstadt und Sprendlingen; mit dem knappsten aller Resultate — 1:0 — errang sich Pfungstadt den Titel. Der Gruppenmeister des II. Bezirks, VfL 13 Frankfurt, hatte sich die Fr. T. Schweinfurt Meister im 7. Kreis, zu einem Freundschaftsspiel verpflichtet; die bayrischen Gäste behielten mit 5:4 knapp die Oberhand.

## Handball im Düsseldorfer Gebiet

Nach einem schönen Spiel verloren am Sonntag die Freien Schwimmer I gegen Hamborn-Schmidthorst I mit 5:6 (2:2). Wie auch das Resultat besagt, war das Spiel bis zur Halbzeit ausgeglichen; erst später waren die Hamborner überlegen. Allerdings hatte der Schiedsrichter zwei Tore der Düsseldorfer übersehen. — Die Reservemannschaften waren sich auch bis zur Pause ziemlich gleichwertig. Dann aber fand sich vor allem Düsseldorf besser zusammen und konnte das Ergebnis auf 5:3 stellen. (Halbzeit 2:2). Die Alte-Herren-Mannschaften der beiden Vereine trennten sich beim Stande von 2:4 (1:2) für Hamborn. Schließlich spielten Freie Schwimmer 2b gegen Unterrath 2 3:5 (1:3), während das Spiel Freie Schwimmer Jugend gegen Unterrath Jugend ausfiel.

## Thüringer Arbeitersport Resultate

Friesen-Allenburg 1—Borna 1 2:2. Friesen-Allenburg 2—Neukirchen 2 2:2. Friesen-Allenburg Jgd. —Borna Jgd. 7:3. Crotenlaide 1—Lichtenstein 1 3:1. Crotenlaide 2—Krammelsbau 2 0:4. Dürerbund 1—Urbitz 2 4:4. Gera-Porten—Gera-Leumnitz 9:2. Gera-West—VfL Meerane 1:4. Gera-Nürnberg—Jena Ost 5:3. SV. Ilmenau—VfL u. R. Erfurt 7:2. Stannodorf—Kositz 4:2. Grotzen—Zintendorf 7:3. Hohenwarten—FVJ. Jena 5:3. Mühlhausen—Sonnweda 3:3. Rudolstadt—Fr.Sp.-Eisenach 6:1. Köritz—Neustadt 14:2.

## Spielergebnisse aus Sachsen Fußball

Bezirk Dresden. Heidenau—Deuben 4:1; Sörnwitz—Weinböhl 8:2; Potschappel—09 2:1; DBV. 15—Radeberg 3:0; Löbtal—Kamenz 4:2; Helios—Cotta 8:2; Zschachwitz—Ottendorf 5:1; Burgk—Dölzsch 1:2; Meißen—Döbelner Ballspielclub 8:0.  
Bezirk Mittweida-Döbeln. Rasensport Döbeln—Waldheim 4:1; Roßwein—Geringswalde 1:1.  
Bezirk Erzgebirge. Zwönitz—Bernsdorf 5:7; Zschorlau—Aue 5:5.  
Bezirk Limbach-Burgstädt. Burgstädt—Berthelsdorf 8:0; Röhrsdorf—Wittgensdorf 7:0; Rußdorf—Lunzenau 4:2.  
Bezirk Chemnitz. Fortuna—Rapid 3:1; Konkordia—Jahn, Mittweida 4:4; Gröna—

Hohndorf-Rödlitz 3:3; Schönau—Großenhain 6:3; Sportlust 08—Friesen 2:1; Lugau—Stollberg 5:1; Mittelbach—Taura 1:9.

Bezirk Leipzig. Sportlust 09—Viktoria 06 5:1; Pegau—Gautzsch 12:3; Fußballring—Gärnitz 2:1; Nord—Möckern 5:2; ASK. Gröna—Goitzscha 1:0.

## Handball

Bezirk Leipzig. Schönefeld—Greschwitz 2:2; Südwest—Großzschocher 3:3; Eiche—Markkleeberg 5:4; Bad Dürrenberg—Plagwitz 4:3. — Hockey: Amateure 04—FA. Wurzen 5:0.

Bezirk Dresden. Freie Tennisvereinigung—Reichenberg 4:2. — Spielerinnen: Reichenberg—Freie Tennisvereinigung 3:0.

## Berichte aus dem Vogtland

Raschau—Lauterbach 6:2. Beide Mannschaften zeigten von Anfang bis Ende einen scharfen und zähen Kampf. Raschau hatte Anstoß und setzte sich in Lauterbachs Hälfte fest, dessen Hintermannschaft die Angriffe glänzend abwehrte. In der 15. Minute ging Raschau durch Halblinks in Führung, Lauterbach konnte aber gleich darauf ausgleichen. Bis zur Halbzeit sah man ein verteiltes Spiel, erst eine Minute vor dem Wechsel ging erneut Raschau wieder in Führung. In der zweiten Hälfte zeigte Raschauer Sturm ein glänzendes Spiel. Den Anstürmen des Raschauer Sturms gegenüber war Lauterbach hilflos und mußte sich ein Tor nach dem anderen gefallen lassen. Bei einem schnellen Durch-

## Schokoladen-Vertrieb

Dach & Werner, Zwickau  
1. Filiale: Innere Annerbergerstr. 15  
2. Filiale: Nordstraße 13  
3. Filiale: Wilhelmstraße 49  
4. Filiale: Aenderer Platanenstr. 13  
Hauptgeschäft:  
Wilhelmstraße 11, Fernruf 2010  
Groß- und Kleinverkauf

bruch seitens Lauterbachs erzielten sie das zweite Tor.

Spielv. 23—Hof West 07 4:3. Vom Anstoß weg setzte sofort ein flottes Spiel ein, wobei Hof zunächst etwas im Vorteil lag. Mit der Zeit setzte sich die reifere Spielweise der 23er durch. In der 25. Minute schoß der Halbrechte von 23 durch schönen Kombinationszug zum 1. Tor ein. Durch einen 11-Meter-Ball konnte 23 das Resultat auf 2:0 stellen, und fünf Minuten später stand es 3:0 für 23. Nach dem Wechsel strengte sich Hof tüchtig an, und durch straffes Durchspiel gelang ihnen der erste Treffer. Durch diesen Erfolg wurde Hof angriffslustiger; sie schafften schöne Momente vor dem 23er Tor und stellten ein 3:2-Ergebnis her. Von dieser Zeit an spielte Hof mächtig zum Ausgleich, der aber nicht gelang.

Elsterberg—Wacker 4:2. Trotz schlüpfrigen Bodens zeigten beide Mannschaften ein flottes Spiel. Wacker spielte mit Ersatz und Elsterberg büßte nach 5 Minuten Spieldauer

den rechten Verteidiger ein. Der Elsterberger Sturm verstand durch gute Kombination bis zur Halbzeit drei Tore vorzulegen, denen Wacker nur eins entgegenzusetzen konnte. Nach Wiederanstöß kam Wacker etwas mehr auf, und ihr Halbrechter konnte durch Kopfball auf 3:2 verbessern. Einem geschickten Durchbruch des Elsterberger Mittelstürmers stand dann die Wacker-Verteidigung machtlos gegenüber.

Treuen—Rempegrün 3:8 (1:5). Das Resultat ist dem Spielverlauf nach etwas zu ungünstig für Treuen ausgefallen.

Kleinfriesen—Greiz-Sachsitz 9:3 (2:2). Zweimal war es Greiz vergönnt, in Führung zu gehen und sie hielten auch diesen Vorsprung bis kurz vor d. Halbzeit. Nach dem Wechsel konnte Kleinfriesen innerhalb fünf Minuten 4 Tore erzielen. Damit war die Stabilität der Gäste dahin.

## II. Klasse

Kleinfriesen—Greiz Sachsitz 4:1, Eintracht—Haselbrunn 8:1, Treuen II—Rempegrün 1:2; Elsterberg—Kürbitz 9:1; Spielv. 23 III—Hof West 07 III 7:2, Bösenbrunn—Eiche 5 Abt. II 10:0.

## Handball

Im Ausscheidungsspiel in der Jugendklasse um den Bezirksmeister gelingt es Haselbrunn nach dreimaliger Verlängerung den Meister zu stellen.

Falkenstein Jgd.—Haselbrunn Jgd. 1:2 (1:0), Falkenstein I—Haselbrunn I 0:7 (0:3), Haselbrunn II—4. Abt. I 2:2 (1:1), 2. Abt. II gegen Schwimmer II 3:4 (2:3), Haselbrunn Jgd.—5. Abt. Jgd. 0:0.

## Burgstädter Fußball

Burgstädt hatte Berthelsdorf als Gast und konnte einen hohen 8:0-Sieg trotz Neuaufstellung feiern. Auch Röhrsdorf als Platzbesitzer schickte seinen Partner Wittgensdorf mit 7:0 geschlagen nach Hause. Die höchste Niederlage bezog Rochsburg von Remse 2; das 0:9 war entschieden zu hoch. Lunzenau konnte in Rußdorf bedeutend besser abschneiden als zum Vorspiel; mit viel Glück konnte der Platzbesitzer Rußdorf mit 4:2 siegen. Tauscha-Penig mußte von Burgstädt 2 eine 4:1-Niederlage einstecken, die dem Verlauf nach nicht ganz gerecht war. Der Meister Freiheit Taura macht unserem Bezirk alle Ehre; er bezwang die vorzügliche Mannschaft von Mittelbach 9:1. Das läßt zu allerhand aufhorchen!

Rußdorf 2—Lunzenau 2 5:0; Wittgensdorf 2—Glösa 2 2:7; Röhrsdorf 3—Herrnhöhe 2 7:0; Burgstädt 3—Taura 3 3:2.

## Breslauer Sportnotizen

Freie Menschen. Heute, 20 Uhr, in der Turnhalle Yorkstr. Probe der Gruppe von Genossen Hübner.

Handball-Schiedsrichtervereinigung: Donnerstag, 17. 12., 20 Uhr, Schiedsrichter-Vollversammlung bei Hanke, Leubnerstraße.

Fichte-Mochherr: Sonnabend, 19. 12., 19.30 Uhr, Generalversammlung auf dem L. H. B.-Platz. Nichterscheinen wird bestraft.

## SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis monatlich 2,40 RM einschl. Bestellgebühr  
wöchentlich 0,60 RM einschl. Bestellgebühr  
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

## BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch \_\_\_\_\_ Exemplar

## „SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung.“

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m b H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

## Ausgezeichnete Beteiligung bei der Waldlauf-

## Veranstaltung

des Vereins für Leibesübungen Ostring

Trotz des regnerischen Herbstwetters fanden die etwa 200 erschienenen Waldläufer aus fast allen Bundesvereinen des I. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund im Plänterwald ein gutes Laufgelände mit verhältnismäßig gutem Boden vor. Der VfL Ostring hatte für gute Organisation vorgesorgt. Die einzelnen Konkurrenzen waren stark umworben.

Die große Waldstafel über 3 x 2000 Meter wurde mit 23 Mannschaften ausgetragen. Sieger wurde der Athletik-Sportclub in 15:50,5 Min., vor Ostring 16:07 Min. An dritter Stelle folgte der Arbeiter-Sport-Verein Schöneberg. Bei den zweiten Mannschaften war die Reihenfolge Athletik-Sportclub II und III vor ASV. Schöneberg und FTGL. Osten.

In der langen Strecke über 6000 Meter siegte überraschend ein Wassersportler vom Ruderverein „Vorwärts“, Czischke, in 18:23 Min. vor Bergenz, Schönau 18:49,4 und Thex Volkssport-Neukölln 19:34,4. Im Lauf der älteren Sportler über 1000 Meter siegte Lipfert-Ostring in 4:20 Min. vor Hallig, FTGB. Osten und Kroll-Ostring.

Eine Neu-Anregung war der Lauf für Sprinter über 1000 Meter. Die Kurzstreckler bestanden ihre Feuerprobe sehr gut. Braunsdorf vom Volkssport-Neukölln lag mit 4:00,3 vor Twist-Ostring Schöneberg-Kaulsdorf.

Im Lauf für Sportlerinnen über 1000 Meter siegte Dumke-Ostring in 4:39,7 vor Tornblad, Proles und Stanislawski.

Einen guten Zuspruch hatten auch die Jugendlichen. Der Lauf ging über 2000 Meter. Erster wurde Schumann-Ostring in 3:48,1 Minuten vor Scharf, Volkssport-Neukölln und Löst-Ostring.

## Organisations-Nachrichten

## SAP

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Schüler: 17 Uhr, Gruppe Norden, Jugendheim, Sonnenburger Straße 2; „Faschismus in Deutschland“, Gruppe Mohr, Jugendheim, Schleswigufer 60; „Ökonomische Grundfragen“.

SAP Ortsgruppe Reichenberg: Mittwoch, 18. 12., 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal Göhlich, Reichenberg West, Scharnhorststraße 20.

SAP-Bläserchor: Genossen und Sympathisierende, welche im Besitz von Zopf- und Streichinstrumenten sind, sowie Halbzüher, treffen sich Dienstag, ab 20 Uhr, in der Wühlschule, Berlin O 112, Wühlschule 25. Meldungen werden auch während der Übungsstunden des Bläserchors entgegengenommen.

Ortsgruppe Tiergarten, Arbeitsgemeinschaft: Thema: Aktionsprogramm, Mittwoch, 16. 12., 20 Uhr, im Park-Laufklub, Turmstraße 18.

Ortsgruppe Zehlendorf: M.A.V. Mittwoch, 16. 12., 19.30 Uhr, im Restaurant Schneider, Zehlendorf, Potsdamer Str. 24, Ref. Gen. Schaber. Thema: Unser Aktionsprogramm.



Nachrichten des Bezirks Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes

Heute, Mittwoch, 16. 12., 19.30 Uhr

Balkan „Hugo Haas“; Beteiligung am Zahlabend. Best. Ullinger Str. 2.

Falkenberg: Heim, Gemeinschaftshaus; Traven-Abend

Frankfurter Allee „Robert Blum“; Heim, Lüttauer Straße 18; Tagespolitische Fragen.

Lichtenberg: Heim, Dorostraße 2:22; Bericht von der Bezirkskonferenz.

Steglitz „Georg Ledebour“; Heim, Albrechtstr. 47a; Der Faschismus

Schöneberg: Heim bei Joseph, Zepelinstr. 2 a.

Zehlendorf: Beteiligung an der Parteiversammlung. Lokal Schneider, Potsdamer Str. 25.

Bahnhofplatz: Heim, Filister Str. 1; Marxismus.

Aktionsbezirk Nord: Ab 20 Uhr, im Stadtbad Gerichtsstraße (FTGB-Freizeitkulturspartei).

Unterbezirk Schöneberg-Friedenau: Mogen Unterbezirksmitgliederversammlung. Bericht von der Bezirkskonferenz

Mitteilungen der BL: Januarprogramm einreichen!

Erweiterte Bezirksleitung: Freitag, 18. Dez., punktlich 19.30 Uhr, Heim Prenzlauer Allee 31, sehr wichtige Sitzung. Alle müssen erscheinen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann u. a. Verlag Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15-16

„SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2004

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2005.

Bezugspreis für einen Monat durch die Expedition: RM 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen RM 2,60 und RM — 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM — 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,36 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H.“, Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 1, Nr. 153 928.

Volkstheater  
Tages u. Ullinger  
D 1, Norden 2946

8 Uhr:  
Die Großherzogin  
von Genua

Werbt  
für die  
„SAZ“

## Betrifft Trauring-Wiese

Nachdem alle großen Berliner Tageszeitungen die sensationelle Nachricht von der Verhaftung des „Trauring-Wiese“ brachten, erlauben wir uns unseren alten nach Tausenden zählenden zufriedenen Kunden folgendes zur Aufklärung mitzuteilen.

Die Firma Wiese ist eine der bekanntesten Edelmetall-Ankaufsstellen, die seit Jahren, besonders von Privaten, Bruchgold- und Silber ankauft. Der Ankauf findet nach den polizeilichen Vorschriften gegen Legitimation statt. Auch die gestohlenen Silbersachen waren vorschriftsmäßig in das Ankaufsbuch eingetragen und gutgläubig gekauft. Herr Wiese ist von der sächsischen Polizei verhaftet worden, die versucht, ihm gewerbsmäßige Hehlerlei nachzuweisen. Nachdem das noch schwebende Ermittlungsverfahren beendet ist, wird sich die Unschuld des Herrn Wiese herausstellen.

Wir bitten unsere geschätzte Kundschaft, uns weiter ihr Vertrauen schenken zu wollen.

Fa. Hermann Wiese  
Artilleerstraße 50  
Kottbuser Damm 2  
Passauer Straße 12

## 3 wichtige Broschüren!

Dr. Wilhelm Appens:

Charleville

Dunkle Punkte aus dem Etappenleben  
Kartoniert 40 Pfg

Edo Fimmen:

Welfriede und Arbeiterbewegung

(Die Aufgaben der Gewerkschaften)  
Kartoniert 10 Pfg

Soeben erschienen:

Wer war Schlageter?

Kartoniert 20 Pfg

Der neue pazif.-sozial. Bücher-Katalog wird an Interessenten kostenlos geliefert

Zu beziehen durch die Buchhandlung der

Deutschen Friedensgesellschaft

Bund der Kriegsgegner Berlin W 57  
Bismarckstr. 105 Postscheck-Konto Berlin 115 807

## Frankfurter „Klassenkampf“-Leser

kaufen die neueste Nummer

MONATSSCHRIFT



sowie alle Parteiliteratur, SAZ und SWZ  
Rudolfstraße 22